INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Marx-Engels-Forum

Nr. 76

26. Oktober 1989

Vorwort:

Los geht's heute wieder mit der DDR und dem Sofortprogramm der "Vereinigten Linken" (S.3-7); gefolgt von einem Leserbrief zu ihrer Plattform und einem Beitrag über Gedanken, die sich einige Al'erInnen machen (S. 8-10). Die Situation zur Zeit in der DDR kann mensch getrost als vorrevolutionär bezeichnen - nur ist leider noch weiter völlig offen, ob es in Richtung einer bürgerlichen Demokratie kippt oder in Richtung eines libertären Sozialismus, wie ihn sich die "Vereinigte Linke" vorstellt.
Weiter geht's mit Alltagskämpfen aus Berlin, die Backsteinfabrik, die Friedrichstr, von Obdachlosen und den Plan einer großen Wohnungsnotdemo. Auch das "Abendrot" an der Kottbusser Brücke ist gefährdet und mittels einer Liste möchten wir eure Mägen vor allerhand E's warnen.
Dann gibt's noch Volxsport, Fantifa und die neusten Diskussionen um die "Radikale Linke"; und ein Flugi zu einem Hungerstreik in Mannheim, endlich ein Beitrag zu Thomas Gratt (politischer Gefangener in Österreich) und einen vierseitigen Überblick über die Ereignisse in den letzten Jahren rund um die Kiefernstr.. Die Lücke von zwei Seiten haben wir mit einem Fortsetzungs-Krimi über den Palme-Mord gefüllt - bei der nächsten Lücke geht's weiter.
In der letzten Ausgabe vergaßen wir noch die Autorin des Briefes an Christa Eckes: Susanne Schöf.
Im Ordner landeten u.a. das ausführliche Protokoll zur "radikalen Linken" - Treffen in Frankfurt.

Briefe, Beiträge, Beschwerden und Bestellungen (ab 5 Ex.) wie immer an:

INTERIM
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



13.10.1989
Erklärung von Teilnehmern am Böhlener Treffen

Die Ereignisse der letzten Wochen haben die Situation in unserem Land verändert. Viele Menschen fragen sich, ob wirklich schon ein Umbruch begonnen hat und was nun zu tun sei. Was ist geschehen? Während die Fluchtwelle ihrem Höhepunkt zustrebte, fuhr die politische Führung fort, die Bürger unseres Landes wie Menschenabfall zu behandeln: Zehntausende aus dem Land flüchtende Bürger wurden als von westlichen Medien und kalten Kriegern manipulierte Abtrünnige verurteilt, denen man keine Träne nachzuweinen hätte. Nachdenklichere Stimmen gingen in diesem Trommelfeuer unter. Andererseits wurden zentrale Interessen der Bevölkerung weiter ignoriert, Forderungen nach Demokratisierung diffamiert und Teilnehmer an öffentlichen Manifestationen anfangs pauschal als antisozialistische Randalierer und Provokateure abgestempelt. Die Glaubwürdigkeit ritualisierter Ergebenheitsadressen an die Sicherheitsorgane und die SED-Fürung oder Horrorstories in Bildzeitungsmanier haben nach dem 7. Oktober einen neuen Tiefpunkt erreicht. Die einzigen 'Argumente' der Herrschenden im Dialog mit dem Volk blieben die stumpfe Waffe der Phrase oder die Überzeugungskraft des Knüppels.
Doch die Flut von Protesten auch aus den Reihen der Gewerkschaft, der Parteigruppen und von immer mehr Berufsverbänden ließ sich immer weniger totschweigen, wenn gleichzeitig Zehntausende gewaltlos demonstrieren und Diffamierung oder Einschüchterung immer weniger greifen. Schließlich wurde auch sachlicherer Umgang mit unseren Problemen und Konflikten auf verschiedenen Ebenen sichtbar, aber noch wird das Bild durch die alten Muster geprägt. Hoffnungsvolle Zeichen weniger staatlicher Verantwortlicher oder einzelner Funktionäre verschiedener Parteien und Massenorganisationen, wenigstens die Dialogbereitschaft zu signalisieren, liefen weiter Gefahr, durch die massive Pressekampagne gegen Ruhestörer und gekaufte Konterrevolutionäre ausgelöscht zu werden. Immer weniger kann die Regierung darauf beharren, den Weggang zehntausender Menschen hauptsächlich subversiven Aktivitäten kalter Krieger des Westens zuzuschreiben. Und mehr und mehr erwies es sich als untauglich, fortgesetzt innere Ursachen mit wachsendem Realitätsverlust zu leugnen und die ungeheuren Verluste an Menschen und Hoffnungen mit Zynismus zu quittieren. Die Verachtung, mit der bis jetzt die Bedürfnisse der Mehrheit von zum Bleiben entschlossener Bürger weggewischt wurden, richtet nun auch für die Regierenden sichtbar immer größeren Schaden an. Eine wachsende Zahl von Mitgliedern und Funktionären der SED sieht dies so, wie öffentliche Bekundungen für einen Dialog beweisen. Die Lüge, auf Reformen drängende Menschen unseres Landes seien darauf aus, den Sozialismus in der DDR zu vernichten, gerät in immer schreienderen Kontrast zu den Forderungen der Menschen, die Reformen fordern, gerade weil sie den Sozialismus in der DDR endlich aufbauen wollen! Mit der Unterstellung, einer vom Westen gesteuerten Opposition gehe es angeblich um die Wiederherstellung des Kapitalismus, maßen die Herrschenden sich

an, einen Sozialismus zu verteidigen, der weder diesen Namen verdient, noch in seiner heutigen Gestalt von der Bevölkerung getragen wird. Er muss erst einmal erkämpft werden! Nicht irgendwann, sondern heute gilt es, den Sozialismus überhaupt zu ermöglichen, indem wir unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und der bisherigen vehängnisvollen politischen Stagnation ein Ende setzen! Mit der Aufforderung des Politbüros der SED vom 11. Oktober, einen gesellschaftlichen Dialog über alle Probleme des Landes zu beginnen, hat die Führung der SED den bisher geleugneten Handlungsbedarf eingestanden und indirekt die Tauglichkeit der bisherigen Politik in Frage gestellt. Machen wir nicht die Haltung der für die gegenwärtige Situation verantwortliche Parteiführung zum Dialog, sondern unsere eigene Bereitschaft zu einem radikalen Wandel im Namen des Sozialismus und der Demokratie zum Maßstab unseres Handelns! Nun sind alle Bürger, auch die SED-Mitglieder, nicht nur verstärkt gefordert, sondern auch in der Lage, sich selbst für einen solchen Weg zu engagieren.
Wir können jetzt nicht mehr die Verantwortungslosigkeit der Mächtigen dieses Landes zum Maßstab unseres Tuns und Lassens machen. Nicht das Dialogangebot in der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober, sondern der Druck, welcher von den entstandenen scharfen Widersprüchen ausgeht und die Herausforderung an alle Menschen unseres Landes, endlich selbst etwas zu ändern, ist die Grundlage unseres Handelns. Über die entstandene Situation und die Schuldigen dafür dürfen wir uns keine Illusionen machen: Nicht nur die sozialistische Perspektive der DDR steht auf dem Spiel; auch die Bewahrung und Entwicklung so wichtiger sozialer Errungenschaften wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die kostenlose medizinische Betreuung aller Bürger, die soziale Sicherheit oder die gleichen Bildungschancen für Arbeiterkinder sind gefährdet, wenn der Stagnation nicht bald ein Ende gesetzt wird. Wir müssen befürchten, daß immer mehr Menschen in ihrer Enttäuschung sich nicht nur von der Regierung und der SED, sondern vom Weg des Sozialismus überhaupt distanzieren. Schon 100.000 Menschen haben in diesem Jahr die DDR verlassen und der Strom reißt nicht ab. Die 'bewährte' Methode, die Verbleibenden noch nachdrücklicher einzumauern und die ihren Protest und ihren Willen zu bleiben öffentlich bekundenden Menschen durch die Sicherheitsorgane noch zusätzlich einzukesseln, hat die Wut anwachsen lassen und birgt die Gefahr einer Eskalation in sich. Die Fortsetzung dieses bankrotten Kurses gefähret auch all das, worauf die DDR mit Recht stolz sein kann.

Nachdem vor 1961 bereits zweieinhalb Millionen Menschen der DDR den Rücken gekehrt haben, ist heute angesichts des Massenexodus der zehntausenden vor allem jungen Bürger, die ihre ganze bisherige Lebenszeit in ummauerter Sterilität des DDR-Sozialismus zubrachten, jede einseitige Schuldzuweisung an den Westen ebenso hilflos, wie lächerlich. In der Tat entlarvt es sich als klägliches Ablenkungsmanöver, den Feinden des Sozialismus im Ausland vorzuwerfen, sich wie Feinde zu benehmen.
Doch wie konnte es dazu kommen und was muß geschehen?
In der DDR wurden die Enteignung der Kapitalisten und wichtige soziale Errungenschaften verwirklicht. Aber was ist tatsächlich charakteristisch für das politische System und wie sehen die wirklichen Grundlagen des wirtschaftlichen Aufbaus in der DDR aus?
Zwar wurden mit der Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums alle Bürger zu Werktätigen gemacht, aber die Stalinisten haben nicht die Unterwerfung des Staates unter die Werktätigen ermöglicht, sondern die Unterwerfung der Werktätigen unter den Staat herbeigeführt! Die allgegenwärtige Entmündigung jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft ist eine permanente Enteignung des Volkes durch die bürokratischen Apparate und eine Perversion der in der Verfassung niedergelegten Prinzipien des Volkseigentums und der sozialistischen Demokratie. Trotz wichtiger sozialer Errungenschaften warf der Absolutismus einer stalinistischen Bürokratie unser Land auf dem Gebiet wichtiger Menschenrechte hinter die von den Werktätigen im Kapitalismus erkämpften Freiheiten zurück, statt über sie hinauszugehen: Wir dürfen nicht reisen wohin wir wollen, wenn es 'der Staat' nicht will. In allen denkbaren Fragen entscheiden bestallte Behörden unsere eigenen Angelegenheiten und maßen sich gesetzlich an, ihre Beweggründe geheimzuhalen. Die ungebrochene Selbstherrlichkeit der beamteten Bürokratie gipfelt in ihrer Erklärung, unsere Entmündigung erfolge in unserem eigenen Interesse, weil nur sie wüßten, was für uns gut und was dagegen schädlich sei! Jede Form der Selbstbetätigung, Selbstorganisation oder auch nur Kritik an grundlegenden staatlichen Entscheidungen wird von hysterischen Verdächtigungen begleitet und vielfach kriminalisiert. Diese Verhöhnung unserer Würde ist seitens der Bürokratie verbunden mit der Erwartung, dem Volk stünde es dagegen an, zum Dank für die Unfehlbarkeit ihrer nichtgewählen Oberhäupter regelmäßig zu Prozessionen ihrer Huldigung anzutreten. Und in dieser komfortablen Position haben die Bürokraten allerdings etwas zu verteidigen, nämlich ihre Macht und einen mit westlichen Konsumgütern ausstaffierten Privilegien-'Kommunismus', in dem allerdings nur sie schon leben, während sie ihn dem Volk erst versprechen, falls es nach ihrem Kommando ordentlich arbeitet.

Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft wird immer deutlicher, daß der Weg im Krebsgang in Richtung Entwicklungsland führt. Das spürt jeder: da hilft weder Agitation, noch Propaganda! Die immer deutlicher werdende Stagnation wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse und zum Teil sogar ihr Rückschritt sind schon zur Genüge Anlass für Unmut. Doch angesichts der Schönrednerei unserer Verhältnisse können es immer weniger Menschen ertragen, für dumm verkauft zu werden:

- während die Erfolge der Mikroelektronik herausgestellt werden, verliert die DDR eine Weltmarktposition nach der anderen
- während man die wachsende Zahl schwer einsetzbarer Industrieroboter feiert, kann man nicht einmal telefonieren oder resigniert entnervt an unserem Nah- und Fernverkehrsnetz
- Während das Wohnungsbauprogramm Triumphe feiert, verfallen ganze Stadtteile und Industrien
- während immer veredeltere Produkte zu immer veredelteren Preisen auf den Verbrauchermarkt geworfen werden, verschwinden wie selbstverständlich immer mehr und vor allem billige Produkte aus dem Sortiment und die geheime Inflation nimmt zu
- während die soziale Gerechtigkeit gefeiert wird, werden die Rentner betrogen
- während beschwörend verkündet wird, der Mensch stehe nach wie vor im Mittelpunkt, verkommt unser Gesundheitswesen
- während der erfolgreiche Kurs der Intensivierung fortgesetzt wird, steht das mitteldeutsche Industriegebiet vor einer ökologischen Katastrophe

So, wie es jetzt ist, darf es nicht mehr weitergehen. Wir dürfen es in der DDR nicht so weit kommen lassen, wie es die Stalinisten in der UdSSR oder Polen kommen ließen. Uns helfen keine technokratischen Reförmchen und beschwichtigende kleine Öffnungen oder kontrollierte Freiräume zum Abreagieren von Frust, sondern nur eine umfassende, gut durchdachte, geduldige und vor allem in einem breiten demokratischen Prozess vorangetriebene sozialistische Gesellschaftsreform.
Das Beispiel der Sowjetunion gibt Anlass zu der Hoffnung, daß es möglich werden kann, unter 'Sozialismus' wieder souveräne Volksmacht und Freiheit zu verstehen. Doch noch wichtiger ist die Erfahrung, daß die SU als Befreier des deutschen Volkes vom Faschismus nicht länger die Rückversicherung stalinistischer Entartung, sondern wichtigster Verbündeter im Kampf um die Verwirklichung von Idealen sozialistischer Demokratie, Freiheit und Volkssouveränität sein wird. Die Verwirklichung dieser Werte in der DDR kann dann auch als wichtigster außenpolitischer Beitrag zur Stärkung der Perestroika, von Glasnost und Demokratisierung in der UdSSR und ihrer Unumkehrbarkeit dienen. Dies ist heute der entscheidende neue Inhalt des in der Vergangenheit so diskreditierten 'sozialistischen Internationalismus'!
Die gegenwärtige Krise ist ein weiterer Beweis dafür, daß man den Sozialismus den arbeitenden Menschen nicht aufzwingen, sondern daß sie ihn nur selbst verwirklichen können
Marx' alter Satz 'Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein' hat nicht nur eine neue Bestätigung gefunden, sondern muß unter den neuen Bedingungen erweitert werden: Die heutige Unterordnung der modernen Produktivkräfte, der gesamten arbeitenden Gesellschaft unter einen stalinistischen Absolutismus stellt auch die Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler, Künstler - die gesammte Intelligenz und die Angestellten an die Seite der Arbeiter. Auch die Freiheit des Wortes und die Freiheit der Wissenschaft kann nur auf die Freiheit der Arbeit gegründet werden. Doch was ist die Freiheit der Arbeit ohne die Freiheit der Arbeiter? Verwirklichung sozialistischer Volksdemokratie bedarf ihrer Verankerung in den Betrieben, bedarf der Selbstverwaltung der Werktätigen, des Bündnisses mit der Intelligenz, den Genossenschaftsbauern und Angestellten, bedarf der festen und unmittelbaren Verankerung der Macht im alltäglichen Lebensprozess der Werktätigen und ihrer gesicherten politischen und sozialen Rechte.

Was ist zu tun?
Wenn die Fortsetzung des gescheiterten Kurses der politischen Führung und damit die Gefährdung der sozialistischen Perspektive unseres Landes aufgehalten werden soll, darf sich das Ringen nicht nur auf den Kampf um das freie Wort konzentrieren. Dieser wichtige Prozess ist mit dem 'Neuen Forum' und anderen Bürgerinitiativen in Gang gekommen. Wenn aber verhindert werden soll, daß die Kosten des bisherigen verfehlten Kurses auf die Bevölkerung abgewälzt werden; wenn eine grundsätzliche Änderung der Entwicklung, ein Durchbruch zu Demokratisierung und sozialistischer Freiheit durchgesetzt werden soll, dann muß dies von den Werktätigen in den Betrieben erstritten werden - auch deshalb, weil gerade sie immer die Hauptlast jeder verfehlten Politik zu tragen haben. Der verbreiteten Unzufriedenheit in den Betrieben muß Ausdruck gegeben werden und der Veränderungswille dort muß seine Formen suchen und finden. Hören wir auf, nur zu schimpfen und beginnen wir, uns in den Betrieben zusammenzuschließen! Wir brauchen die Selbsttätigkeit der Werktätigen zur Schaffung unabhängiger, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zusammenfassender und sie in Initiativen verwandelnder Ausschüsse und Kommissionen. Diese sofort zu bildenden unabhängigen Ausschüsse und Komissionen können die Gründung von unabhängigen Betriebsräten und die Demokratisierung der Gewerkschaften in Angriff nehmen. Dabei können alle sich bietende Gelegenheit innerhalb und außerhalb der verbürokratisierten Gewerkschaften genutzt werden, die Kontrolle der Werktätigen über ihre eigenen Angelegenheiten auszubauen.

Wir appellieren an alle Sozialisten in den Betrieben, Genossenschaften, in den unabhängigen Gruppen und in der SED, unter den Künstlern und in der Intelligenz, aufeinander zuzugehen. Trennendes aufzuschieben und mit dem Ziel der Verwirklichung sozialistischer Freiheit und Demokratie gemeinsam Lösungen zu suchen. Wir schlagen vor, folgende Sofortmaßnahmen zur schnellen Lösung der wichtigsten angestauten gesellschaftlichen Probleme und zur Überwindung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krise durchzusetzen:

SOFORTMAßNAHMEN ZUR VORBEREITUNG DES LANDES FÜR EINEN WEG DER SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE UND FREIHEIT

1. Rücktritt des Politbüros der SED und der Regierung wegen der Hauptverantwortung für den katastrophalen Massenexodus der Jugend und wegen des völligen Verlusts von Vertrauen im Volk.

2. Bildung einer neuen politischen Führung und einer zeitlich befristeten Übergangsregierung aus reformwilligen Kräften zur Verwirklichung folgender Maßnahmen:
a) sofortige Demokratisierung der Presse und Einstellung der Pressezensur
b) Legalisierung des "Neuen Forum" und aller anderen für sozialistische Demokratie und Freiheit eintretenden Gruppen sowie Aufnahme eines gleichberechtigten Dialogs über alle zu lösenden gesellschaftlichen Probleme.
c) Gewährung der freien und öffentlichen Diskussion in allen gesellschaftlichen Organisationen und Parteien
d) Veröffentlichung aller Daten und Informationen über den tatsächlichen Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies betrifft insbesondere
-den Zustand der Staatsfinanzen
-den wirklichen Zustand und die tatsächlichen Ergebnisse der Volkswirtschaft, darunter
* der Außenwirtschaft (insbesondere Handels- und Zahlungsbilanz)
* der Aufwendungen für Verteidigung und innere Sicherheit
* der Kosten- und Kostenstruktur des Staats- und Parteiapparats
-die Sozialstruktur einschließlich der Beschäftigten im Staats-, Partei- und Wirtschaftsapparat (darunter auch im Sicherheitsapparat)
-die Einkommensverteilung der Bevölkerung (einschließlich der Einkommen der Nomenklaturkader und ihrer sonstigen Einkünfte, Zuwendungen und Privilegien sowie personengebundener Nutzungsrechte)
-die Umweltdaten
-den Zustand des Gesundheitswesens und der medizinischen Versorgung
-das Gesundheitsniveau der Bevölkerung und ihre Lebenserwartung nach Regionen sowie im internationalen Vergleich
-den Umfang des gegenwärtigen Ausreisewunsches der Bevölkerung (Veröffentlichung der Zahl der Antragsteller und der Ausreisenden sowie ihrer sozialen und beruflichen Zusammensetzung nach Territorien)
e) Beginn einer öffentlichen Diskussion über Ziele und Mittel einer radikalen Demokratisierung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unserer Gesellschaft
f) Erteilung von Reisegenehmigungen an jeden Bürger für alle Länder für 30 Tage (lediglich mit den international üblichen Einschränkungen aus Gründen der nationalen Sicherheit) unter Breitstellung von Devisen im Wert 500.- DM pro Person und Jahr
g) Rückkehrangebot an alle ausgereisten und ausgebürgerten ehemaligen DDR-Bürger
h) Einberufung eines regierungsunabhängigen Kongresses demokratisch und geheim gewählter Delegierter der Betriebsbelegschaften innerhalb von 3 Monaten zwecks
- Beratung der wirtschaftlichen und politischen Situation in der DDR
- Erarbeitung von Maßnahmen zur Durchführung einer radikalen Demokratisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft einschließlich der Gewerkschaften
- Erarbeitung von Maßnahmen zur Sicherung des Lebensstandards und der sozialen Errungenschaften des Volkes
- Wahl von unabhängigen Reformern als demokratisch legitimierte und dem Kongress verantwortliche Volksvertreter in einer breiten Reformregierung
3. Bildung einer breiten Koalition der Vernunft und des Realismus zur Verwirklichung einer radikalen Verfassungs- und Gesellschaftsreform im Geiste sozialistischer Demokratie und Freiheit.
Ausdruck einer solchen Koalition der Vernunft muß die Bildung einer konsequenten Reformregierung auf dem Boden des Antistalinismus und Antikapitalismus sein. Diese Regierung sollte sich aus durch ihre Taten legitimierte Vertreter des Reformflügels von Partei- und Staatsapparat einerseits sowie aus demokratisch gewählten Vertretern des Kongresses der Belegschaftsdelegierten andererseits zusammensetzen.

SOFORTMAßNAHMEN EINER KONSEQUENTEN REFORMREGIERUNG

Die selbstverständliche Vorraussetzung einer Regierungskoalition der sozialistischen Freiheit und Demokratie in der DDR ist die außenpolitische Bündnis- und Vertragstreue. Vor allem das Bündnis zwischen einer demokratisierten Sowjetunion, einem demokratisierten Polen und einer demokratisierten DDR und insbesondere die Anerkennung der Grenzen ist von existentieller Bedeutung für jedes dieser Länder.

Der Regierungsauftrag einer solchen Reformregierung muß folgende Inhalte voranbringen:

1. Umfassende Vorbereitung und Durchführung einer radikalen Verfassungs- und Gesellschaftsreform im Geiste des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus auf der Basis
   - des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung
   - des Ausbaus der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit
   - der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerchtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder
   - des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft
   - der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequenten Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds
2. Durchführung einer konsequenten Wirtschaftsreform unter Durchsetzung der betrieblichen Selbstverwaltung der Werktätigen als Hauptform einer Weiterentwicklung staatlichen Eigentums
3. Ausarbeitung eines Programms der wirtschaftlichen, technischen und ökologischen Modernisierung unter Wahrung der sozialen Gerechtigkeit und unter Ausschluß von Arbeitslosigkeit
4. Durchführung von Wirtschaftsreform und Modernisierung als komplexes Programm unter Wahrung sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit und unter Ausschluß von Arbeitslosigkeit
5. Initiativen der DDR zur Ausarbeitung und Umsetzung eines Programms der Reformierung des RGW sowie der Organisation des Warschauer Vertrags entsprechend den Grundsätzen eines demokratischen und freiheitlichen Sozialismus
6. Aufnahme von Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland über die langfristige Ausgestaltung des Grundlagenvertrags entsprechend dem Grundsatz "Zwei Staaten - eine Nation" mit den Zielen
   a) gegenseitige staatsrechtliche Anerkennung
   b) Entwicklung der Beziehungen unter Berücksichtigung des besonderen Charakters der Existenz zweier souveräner Staaten gegensätzlichen sozialökonomischen Charakters auf dem Boden einer Nation und Ausbau aller Aspekte des gemeinsamen nationalen Zusammenhangs
   c) Ausarbeitung eines verbindlichen Rahmens zur Wahrnehmung gesamtdeutscher Verantwortung - insbesondere für den Frieden - unter Wahrung der Souveränität beider deutscher Staaten.
7. Abgabe einer Existenzgarantie für die freie und unabhängige Entwicklung von Berlin (West) auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens und Abschluß einer vertraglichen Regelung zwischen der DDR, der BRD und Westberlin zur Ausschaltung von Statusproblemen.
8. Ausarbeitung eines Programms zur Entwicklung beider Teile Berlins zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindeglied zwischen Ost und West
9. Untersuchung stalinistischer Verbrechen in der DDR und ihre konsequente Aufarbeitung sowie Rehabilitierung und Entschädigung aller Opfer
10. Verurteilung des völkerrechts- und verfassungswidrigen Einmarschs von Truppen der NVA der DDR in die CSSR im August 1968 und Entschuldigung bei den Völkern der CSSR

„Vereinigte Linke“ will Öffentlichkeit

Ost-Berlin (dpa) — In der DDR formiert sich eine neue nichtstaatliche politische Gruppe: die „Vereinigte Linke“. Sie will Ende November in Ost-Berlin möglichst in einem staatlichen Raum tagen und ihr Konzept vorstellen.

Die „Vereinigte Linke“ versteht sich als Opposition zum Obrigkeitsstaat, aber nicht als Opposition zur Idee des Sozialismus. Sie ist für das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln und grenzt sich hier gegen die unlängst gegründete Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) ab, die für eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft mit bestimmten demokratischen Kontrollmechanismen eintritt.

Zu den Initiatoren der „Vereinigten Linken“ zählen Mitarbeiter der Ostberliner Umweltbibliothek, der „Kirche von unten“, des Friedrichsfelder Friedenskreises und der Gruppe „Gegenstimmen“. In der vergangenen Woche hatte die „Vereinigte Linke“ in Ost-Berlin ein Treffen mit etwa 60 Teilnehmern.

LESERINNENBRIEF:

Betrifft: "Plattformfieber"

zur PLATTFORM DER LINKEN IN DER DDR (INTERIM NR.75)

so,nach dem zweifelhaften geblubber des "neuen Forums" endlich mal eine deutlich antikapitalistische position und ein konzept zur verwirklichung einer tatsaechlich sozialistischen gesellschaft in der ddr.wir denken,das dieses papier eine gute grundlage sein kann, im sinne des revolutionären internationalismus endlich in die längst überfällige diskussion über die entwicklung und die perspektiven in der ddr einzusteigen bzw. sie jetzt zu beginnen.
es geht einfach nicht an, dass wir weiterhin tatenlos zusehen, wie imperialistische und reformistische propagandahetze betrieben wird, anstatt dass die revolutionäre linke in der brd eigene positionen zu den entwicklungen bezieht und danach handelt. unsere eigenen positionen sollten wir in solidarischer auseinandersetung mit den linksoppositionellen gruppen der ddr und der anderen länder entwickeln.

das manifest "Für eine vereinigte linke in der ddr" hat bei uns einige gedanken ausgelöst,die wir hier zur diskussion stellen.
im unterschied zur hier wie dort verbreiteten "gorbimanie" zeichnet das papier ein wesentlich differenzierteres bild des gegenwärtigen umbruchprozesses in der udssr und den anderen osteuropäischen staaten auf sowie der imperialistischen interessen in bezug auf diese.
an den beispielen der udssr,polens und ungarns wird dargestellt,dass mangels tragfähiger sozialistischer konzepte die tendenz besteht,durch bürokratische reformen im zusammenspiel mit prokapitalistischer opposition dem imperialismus tür und tor zu öffnen.
zitat:"wenn wir es auch in der ddr zulassen,dass die hier sich anstauenden politischen,wirtschaftlichen und sozialen probleme überfallige reformen zu einer dramatischen 'flucht nach vorne' werden lassen, sind die gefahren eines ausverkaufs an den kapitalismus oder einer militardiktatur mit neostalinistischer option durchaus real."
sie wenden sich entschieden dagegen,dass "politbürokratische unterdrükkung durch kapitalistische ausbeutung 'ersetzt' wird.

diskussionsergebnisse zu drei punkten des papiers:

- nach den vorstellungen der vereinigten linken ist die einführung einer wirklichen sozialistischen gesellschaft durch reformen möglich. dies wurde bedeuten, dass sich die staatsbürokratie schrittweise aus ihrer machtposition drängen lässt. ausgehend von der erkenntnis, dass es in den kapitalistischen gesellschaften keine alternative zur revolution gibt (der kapitalismus ist nicht reformierbar),sieht die sache in den sog. "real exist. soz. staaten" grundsätzlich anders aus.die hauptaufgaben der revolution im kapitalismus sind die enteignung der kapitalisten und die zerschlagung des bürgerlichen staatsapparates. in der ddr dagegen ist das kapitalistisch privateigentum abgeschafft,eine vergesellschaftung der produktionsmittel hat dagegen nicht stattgefunden. stattdessen liegt die verfügungsgewalt über die produktionsmittel in den händen der staatsbürokratie. unserer meinung nach ist es nicht möglich,kollektive selbstverwaltung mittels reformen gegen die bürokratie durchzusetzen,da wir die bürokratie für genauso wenig reformierbar halten wie den bürgerlichen staatsapparat.sämtliche bisherigen reformen der bürokratie haben bis jetzt nur die form der unterdrückung der arbeiterinnenklasse verändert. die stiefel im gesicht bleiben diegleichen.
- auch an diesem papier wird deutlich,dass die diskussion über patriarchat anscheinend noch nicht aufgekommen ist(punkt 3d im papier:"emanzipation der frau" als ziel der gesellschaftsreform). die umfassende einbeziehung von frauen in den produktionsprozess in der ddr ist eher auf arbeitskraftemangel als auf das aufbrechen patriarchaler strukturen zurückzuführen. insbesondere wird bei

teilweise ziemlich konkreten vorstellungen,wie eine sozialistische gesellschaft organisiert sein könnte,mit keinem wort auf die bedeutung der reproduktionsarbeit und den zukünftigen umgang mit ihr eingegangen. soll diese weiterhin wie auch bisher den frauen aufgebürdet bleiben??

- davon ausgehend, dass die linke in der ddr ähnlich zersplittert und isoliert ist wie bei uns, ist das zusammentreffen verschiedenster gruppen auf den im paier genannten grundlagen ein schritt in die von der revolutionären linken hier seit längerem angestrebte richtung.
es geht um das erreichen einer breiten basis, ohne die eigentlichen ziele auf kosten eines minimalkonsenses zu verwässern (hungerstreik?).
deswegen ist es unbedingt notwendig, sich auch in abnbetracht der anfangs als sekundär erscheinenden unterschiede von vorneherein über diese auseinanderzusetzen. geschieht dies nicht besteht die gefahr der zersplitterung.
ausgeklammert, weil politisch umstritten, wurde im manifest die allgemeine politische form, in der die "selbstbestimmung der produzenten" stattfinden soll (also "parlamentarismus, rätesystem oder kommune").
während die entscheidung dieser frage einer "klärenden diskussion innerhalb der linken" und vor allem "dem prozess der selbsttätigkeit der massen " vorbehalten bleiben soll, werden andererseits schon jede menge sehr viel konkreterer "grundsätze" zur "verwirklichung der sozialistischen demokratie" formuliert (ohne erst die "selbsttätigkeit..." abzuwarten).
keine einigung über die frage "parlamentarismus, rätesystem oder kommune" erzielt zu haben, halten wir für eine entscheidende schwäche des manifestes. der parlamentarismus hat sich nicht zufällig in den entwickelten kapitalistischen gesellschaften als die optimale form der herrschaftsausübung herausgebildet. mit der masse als blossem stimmvieh und deshalb nur scheindemokratisch, ist der parlamentarismus die geeignete form, um interessengegensätze zwischen den fraktionen der herrschenden klasse auszutragen und gleichzeitig die unterdrückte klasse über die in ihr verankerten bürgerlichen strömungen (sozialdemokratie) ins system einzubinden. kein wunder deshalb, dass sich die politbürokratie und die prokapitalistische opposition in den osteuropäischen staaten und der udssr letztlich auf das ersetzen der einparteienherrschaft durch ein parlamentarisches mehrparteiensystem einigen können: sind sich doch beide zumindest darin einig, dass diejenigen, die den gesellschaftlichen reichtum durch ihre arbeit produzieren, auch weiterhin (und am besten billiger, effektiver und mehr) produzieren sollen, aber von den gesellschaftlichen entscheidungsprozessen und der verteilung des produzierten bis auf das notwendige minimum ausgeschlossen bleiben sollen.
die frage parlamentarismus oder rätesystem/kommune halten wir deshalb nicht für eine zweitrangige formfrage, sonder n mit ihrer beantwortung werden die weichen gestellt, entweder für die kapitalistische restauration, oder aber für eine von den produzentinnen bestimmten gesellschaft.

ES GIBT KEINEN DRITTEN WEG! KAPITALISMUS ODER SOZIALISMUS!!

AL: National statt sozial ?

- Zum Neuköllner Stachel-Artikel
" Wir wollen *eine* deutsche demokratische Republik" -

Bisher kam ja nur verschleiert hervor, was für revanchistische Tendenzen bei einigen Leuten in der AL, besonders in Neukölln, vorhanden sind. Jetzt scheint der Zeitpunkt, den Schleier zu lüften, günstig, wo doch national wieder in ist. Es erstaunt nicht einmal mehr, plötzlich Parallelen zwischen Reps und zumindest Teilen der AL zu entdecken. Aber vielleicht ist es ja nur die berühmte Blindheit auf mindestens einem Auge, die ja so manch eineN überfällt, wenn er/sie an der Macht sitzt.

Aber zum Thema: Wer die nationale vor die soziale Frage stellt, wer davon redet, keine Ellenbogengesellschaft mehr haben zu wollen, ohne aber den Kapitalismus zu überwinden, wer immer noch glaubt, der Kapitalismus sei reformierbar, der ist zumindest sehr blauäugig. Kaum jemals saßen die Imperialisten der Welt so fest im Sattel wie jetzt. Ihr europäisches Haus (EG) bedeutet nichts weiter als die "friedliche" Verwirklichung alten Großmachtstrebens (statt militärisch wird jetzt wirtschaftlich erobert). Lange schon nicht mehr wurde der Traum eines Rollback des Sozialismus so offen geträumt wie gerade jetzt. Es wird offen und unverholen aufgerüstet, während der Ostblock abrüstet. Vorschläge Gorbatschows zur Umstrukturierung der Streitkräfte bis hin zur Nichtangriffsfähigkeit werden von der Nato in den Wind geschlagen und mit teils verdeckter, teils offener Aufrüstung beantwortet.

Der Krieg an der Wirtschaftsfront tobt dabei längst und zeigt spätestens jetzt, nach dem Wegfall der Grenzbefestigungen zwischen Ungarn und Österreich, seine Wirkung; zumindest auf die Ostpendants der hiesigen Spießer, die nicht einen Deut klüger sind. Natürlich muß der real existierende Sozialismus reformiert werden - hin zu einem echteren und demokratischeren Sozialismus, und nicht etwa zur sogenannten freien Marktwirtschaft. Aber sich hier hinzustellen und so zu tun, als ließe man den ArbeiterInnen hierzulande mehr Freiheit, Rechte und Konsum als nötig ist, um den Sozialismus in Verruf zu bringen, das ist entweder dumm und an den tatsächlichen Machtverhältnissen vorbeigedacht, oder es ist Berechnung.

Träume von *einem* vereinigten Deutschland sind gefährlich, weil sie immer Futter für die Kanonen der Imperialisten sind. Realistisch betrachtet, bleibt nur die Möglichkeit, die DDR vorbehaltlos anzuerkennen und diese gefährlichen Reden von Grenzen von 37, *ein* Deutschland usw. sein zu lassen. Wir wollen nicht das Verschwinden einer Grenze (die zwischen BRD und DDR), sondern den Wegfall aller Grenzen durch Schaffung einer klassenlosen, HERRschaftsfreien Gesellschaft weltweit. Realitätsblindes Wiedervereinigungsgelaber nährt nur den Vormarsch der Imperialisten.

Es gibt keine Alternative zur Revolution!

BASF

Dokumentation aus: "Neuköllner Stachel" Oktober '89; Seite 7

Erklärung für eine alternative Deutschlandpolitik von Mitgliedern der AL Berlin im September 1989

Die Welt ist in Bewegung. Die beiden großen Blocksysteme verlieren mehr und mehr an Bedeutung. Die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges festgelegten Grenzen geraten ins Wanken. Die Teilung Deutschlands als Folge der Blockkonfrontation verliert ihren Sinn.

Auf Dauer an der Zweistaatlichkeit Deutschlands festhalten und die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten für „ewig" festschreiben, heißt, sich gegen das Rad der Geschichte stemmen.

Führende Mitglieder der Alternativen Liste Berlin und der westdeutschen Grünen behaupten in dieser Situation, die Zweistaatlichkeit dürfe nicht in Frage gestellt, die staatlichen Verhältnisse dürften nicht destabilisiert werden.

Während es im Programm der Alternativen Liste zu den Wahlen vom 10. Mai 1981 bezüglich der Berlin- und Deutschlandpolitik heißt: „*... müssen wir in letzter Konsequenz die Frage der deutschen Einheit aufwerfen und zu ihrer Lösung beitragen ...*", werden inzwischen von den AL-Offiziellen Meinungen vertreten, die das Streben nach der deutschen Einheit als „reaktionär", „nationalistisch", „großdeutsch" etc. abtun und diffamieren.

Wir sind Mitglieder der AL und widersprechen diesen Äußerungen, die auf eine Zementierung des status quo gerichtet sind. Wir meinen:

Die deutsche Zweistaatlichkeit ist für uns keine Perspektive, sondern die Sackgasse, in der die beiden deutschen Staaten stecken.

Die Teilung hat zu ideologischen Freund-Feind-Bildern und zur Unterdrückung demokratischer und sozialer Bewegungen geführt. Wir sind Zeugen der Massenauswanderung von Bürgern aus der DDR, die dort keine Zukunft mehr sehen. Informations-, Presse-, Versammlungs- und Reisefreiheit werden unterdrückt. Statt Mitverantwortung der Bürger gibt es offensichtliche Wahlfälschungen. Die Regierung beklatscht die Herrschaft der grausamen Greise in China und Rumänien.

Für Berlin sind die Folgen der Teilung besonders schmerzlich. Die DDR hat West-Berlin eingemauert und verhängt willkürlich Einreise- und Transitverbote.

Wenn Grenzen abgebaut werden, werden Bundeswehr und Nationale Volksarmee zunehmend überflüssig. Wir verlangen eine konsequente Abrüstung und Paktfreiheit. Dies führt dazu, daß unsere Nachbarn sich nicht mehr vor uns fürchten müssen.

Selbstverleugnung nützt nichts!

„*Auch für die Deutschen, glaube ich, ist Selbstverleugnung unfruchtbar. Ich will damit nicht sagen, daß die Erinnerung an die Fehler der Vergangenheit aus ihrem Gedächtnis verschwinden soll. Nein. Aber ich bin überzeugt, daß nicht eine willfährige Selbstverleugnung ihnen jenen Pardon verschafft, den die Welt ihnen gewähren kann.*" (Sartre)

Die deutsche Spaltung ist Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegspolitik. Das ist eine Realität. Doch die Akzeptanz dieser Realität ist jene „willfährige Selbstverleugnung", vor der Sartre warnt. Das Negieren und Verdrängen der „Nationalen Frage" hat verheerende Auswirkungen. Sie darf nicht nationalistischen Kräften überlassen werden. Nur bei einem offensiven Umgang mit nationalen Fragestellungen kann der völkerverachtende Nationalismus bloßgestellt und eliminiert werden. Wir müssen der vom Zeitgeist gedeckten Begriffsvernebelung Paroli bieten. Wir forden:

Ein Berlin ohne Mauern ...
... in einem Deutschland ohne Panzer ...
... in einem Europa ohne Grenzen!

Am 24. September 1989 formuliert und unterzeichnet von den AL-Mitgliedern Birgit Hensel, Guntolf Herzberg, Michael Klinski, Marie-Luise Lindemann, Heidrun Reetz, Siegfried Reetz, Gert Schneider, Volker Schröder, Achim Syska, Jürgen Tribowski, Carola Wagemann

Initiative gegen Wohnungsnot
und Arbeitslosigkeit
c/o JZ Drugstore
Potsdamer Str. 180
1000 Berlin 30

Tel.: 7832182
Nur Mo. + Di.
Do. + Fr.
(9-12 Uhr)

An jeden einzelnen Menschen, an alle Initiativen und gesellschaftlichen Gruppen!!!

Zum Monatsende ist eine Demonstration

gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit
für Solidarität mit den Arbeitslosen, Wohnungslosen, Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern, AusländerInnen usw.!!!

geplant.

Warum eine Demonstration?

Die soziale Situation verschlechtert sich zunehmend. Darüber muß eine breite Diskussion in unserer Gesellschaft stattfinden. Es muß informiert und Ideen entwickelt werden, um politisch Druck zu machen.

Immer mehr Menschen leben auf der Straße, zelten ...
In dieser Notlage wurden auch Häuser besetzt.
Der Zustrom von DDR-Flüchtlingen wird zum Anlaß genommen, Minderheiten gegeneinander auszuspielen. Die bisherige soziale Arbeit kann dieses Problem nicht mehr bewältigen. Es muß sofort gehandelt werden!!

Nur eine Demonstration reicht nicht!

Unsere Ideen und Vorschläge sollten veröffentlicht und zusammengefaßt werden. Die Initiative gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit könnte hier eine Koordinierungsaufgabe erfüllen und zu einem Bündnis aller engagierten Menschen beitragen.

Wer sollte diese Demonstration unterstützen?

Gedacht ist hier an jeden einzelnen Menschen und ein breites Spektrum von Unterstützergruppen. Dazu sollte ein gemeinsamer Aufruf erarbeitet werden, dem soviele Menschen, Gruppen, wie möglich zustimmen können.(Auf der Rückseite befindet sich ein, jedoch nur vorläufiger Diskussionsvorschlag).

Darüberhinaus ist daran gedacht, daß jeder einzelne Mensch, jede Gruppe, einen eigenen Aufruf verfassen kann (sollte), um so eine breite Mobilisierung und Diskussion zu ermöglichen. Diese Positionen könnten dann gesammelt werden, und einer weiteren Diskussion um die politische Vorgehensweise dienen.

Bisher wurde bereits mit den verschiedensten Menschen und Gruppen gesprochen. Dieses wird fortgeführt und beschleunigt.

Weitere Informationen sind aus der Tagespresse, z.B. die Tageszeitung, Lokalpraerie, Rubrik: Termine-Action , zu entnehmen.

In der Hoffnung auf breite Unterstützung
für diese Demonstration, grüßt die

Initiative gegen Wohnungsnot und
Arbeitslosigkeit

PS: Wir bitten um die Mithilfe zur Verbreitung dieser Information. Bitte kopiert dieses Blatt, auch die Rückseite, und sammelt Unterschriften. Und dann bitte zurück an die obige Adresse. Werden wir doch selbst wieder politisch aktiv und diskutieren mit! Weitere Informationen gibts per Telefon. Vielen Dank für Ihre / Deine Mithilfe !!!!

V. i. S. P.: H-J Keil, c/o JZ Drugstore, Potsdamer Str. 180, 1/30

Backsteinfabrik



DIE 2. RUNDE GEHT AN UNS

Wir in Kreuzberg müssen damit rechnen, daß in den nächsten Jahren die Mieten weiter steigen und dadurch sich die Bewohnerstruktur ändert. Das ganze wird Naherholungspark für Pseudokünstler und Shoppingparadies für Yuppies!

Immer mehr Leute wehren und oganisieren sich dagegen. Sie beschränken ihren Kampf nicht auf den Stadteil, sondern bauen den Widerstand in verschieden Ebenen auf.

Der Senat geht in seinem Krieg gegen unsere Lebenszusammenhänge so vor, daß er die Orte an denen wir uns treffen können, wo wir Konzerte machen und gemeinsam leben und arbeiten, ausrotten will. Er versucht uns zu isolieren und uns aus dem Kiez zu drängen.

Ein solcher Ort wäre die Backsteinfabrik(1981 besetzt, jahrelang genutzt, dann geräumt). Nachdem wir 8 Jahre dafür gekämpft haben, ist seit letzter Woche klar, dass die Backsteinfabrik von der GSG entgüldig vermietet ist, nur nicht an KOSMOS

Auch den Bauernhof wollen sie kaputt machen, weil er so ist wie wir ihn wollen. Stattdessen wollen sie eine zweite KiTa mit angeschlossener Grünfläche und Streichelzoo hinbauen. Eine stabile Strasse mit LKW-Wendeplatz und Parkplätzen könnten dann die angrenzenden Gewerbegebäude attraktiver machen (z.B. für 28-T.).

Von Anfang an wehrten sich die Bewohner dieses Blocks dagegen und forderten:

Der Kinderbauernhof muss bleiben und
die Backsteinfabrik muss an die Nutzergruppe KOSMOS gehen!

Obwohl die Blockbewohner jahrelang Argumente gegen die Neubau-Kita brachten und Ersatzstandorte ausfindig machten, hielten Senat und Bezirk, selbst als die KiTa abgebrannt ist, am alten Stadort fest.
Nach dem Motto: " Wenn ihr nicht pariert, bauen wir die KiTa an alter Stelle wieder auf."

Nachdem durch kontinuierliche Arbeit der BewohnerInnen, Projekte, UnterstützerInnen der Druck in der Öffentlichkeit so gross wurde, dass Rot-Grün reagieren musste, präsentierte Baustadträtin Eichstädt folgende "Lösungen":

Die KiTa kommt in das Mitlehner-Fabrikgebäude (grenzt an den Bauernhof).
Der Bauernhof bekommt eine gewisse finazielle Absicherung. Dafür müssen dann aber alle begeistert zustimmen, dass die 28T-Zufahrtstr. über den Bauernhof führt, dass da ein LKW-Wendeplatz hinkommt (wenn schon, denn schon) und dassdas angrenzende Schlosereigewerbe eine neue Halle bekommt.

Auf das Problem, dass die Backsteinfabrik während der Sanierung ganz anders ausgebaut wurde, als uns verbindlich zugesichert wurde (jetzt sind einige Räume für uns unbenutzbar), reagierte Senatsvertreter Fuderholz kaltschnäuzig:

"Bitte schön, Backsteinfabrik könnt ihr haben, Umbaukosten könnt ihr selber bezahlen.
Miete während der Umbauphase? Euer Problem - Volle Miete von der ersten Stunde an."

Wer auf solche Bedingungen eingeht ruiniert sich selber.

Der Öffentlichkeit präsentierte der Senat und Eichstädt ihre Verarschungsshow folgendermassen:
Die Bewerber der Backsteinfabrik hätten ein ungenügendes Wirtschaftskonzept und seien so unverschämt zu fordern, dass das Gebäude nach Ihren Wünschen umgebaut und eingerichtet wird.

Natürlich haben wir ein Wirtschaftlichkeitskonzept, mehrfach begutachtet, und ein Stufenplan für die Mietzahlung vorgelegt.

Alles nur Augenwischerei - KOSMOS ist sowieso nicht erwünscht!

Um die wirklichen Gründe nicht offenlegen zu müssen, schieben sie wirtschaftliche Bedenken vor.

Aus dem Taktieren von Bezirk und Senat - und aus ihren Sprüchen - lässt sich erkennen, dass sie jeden Versuch, Zentren zu schaffen, wo sich viele Leute treffen können, verhindern wollen. Dass sie jeden Versuch bojkotieren, wo Arbeitsplätze und Lebenszusammmenhänge ohne staatliche Kontrolle und Beeinflussung aufgebaut werden. Das SO 36 z.B. wird dadurch dass die Sanierung künstlich verteuert wird, soviel Miete kosten, dass die Betreibergruppe minimalen Spielraum für nicht-kommerzielle Sachen haben wird.

Die Erfahrungen bei Verhandlung mit Senat und Bezirkt haben (nicht nur) uns gezeigt, dass AL-Politiker nicht weniger bescheuert, hartlinermässig und karriergeil sind als andere.

Nie dürfen wir vergessen, wo wir das Kriegsbeil vergraben haben!

Es ist möglich, sich zu wehren. Es müssen nur genügend Leute zusammenkommen, die die Schweinereien Öffentlich machen und auf verschieden Ebenen Druck machen - Wenn es sein muss jahrelang und mit wachsender Power!

Wir lassen uns nicht nehmen, was wir wollen!

Block 73

I N F O - V E R A N S T A L T U N G

Samstag 28. Oktober 1989 ab 15.00 Uhr

auf'm Kinderbauernhof Mauerplatz (U-Bahnhof Kotti, Adalbertstr. ganz durch, an der Mauer links)

mit Filmen und anderen Info's zum aktuellen Stand und zu Geschichte des Blocks

und dem brandneuen Video-Kiezmagazin CHANNEL 36

Kaffee und Kuchen sind auch dabei



Obdachlose

Obdachlosigkeit verursachen nicht die Leute, die davon betroffen sind

20.000 Obdachlose in Berlin sind der Ausdruck einer einzig am Profit orientierten Wohnungspolitik. Es besteht kein Interesse der Besitzenden an billigem Wohnraum,weil es daran nichts zu verdienen gibt.HausbesitzerInnen lassen ihre Häuser verrotten,der entmietete Wohnraum steht bewusst leer, um nach einem Modernisierungsprogramm höhere Mieten einzubringen.Diese Mieten können von der Mehrheit der ehemaligen BewohnerInnen nicht mehr bezahlt werden,die soziale Struktur des Kiez ändert sich,die Abhängigkeit von staatlichen Einrichtungen (Sozialamt,Wohngeldamt.....) steigt.Dabei spielt es keine Rolle,ob es sich um eine private oder öffentlich geförderte Modernisierung handelt,d.h.ob die Mieten offensichtlich oder schleichend in die Höhe getrieben werden-der Profit für SpekulantInnen steigt.

Erst wenn Wohnraum nicht mehr als Ware gehandelt wird, also keine Mieten mehr gezahlt werden müssen,wird es keine Obdachlosigkeit mehr geben!

Lübbener 27 und 29 wieder bewohnt!

Die Häuser Lübbenerstr. 25 bis 29 gehören der BEWOGE, seit 4 Jahren ist bekannt, daß sie plant, die Häuser mit öffentlichen Mitteln zu modernisieren. Mit Hinweis auf die "bevorstehende"Modernisierung wurden seit Jahren keine Instandsetzungsarbeiten mehr gemacht. Die MieterInnen sind teilweise schon vor 4 Jahren entnervt ausgezogen-ganz wie von der BEWOGE beabsichtigt.Die Wohnungen standen seitdem leer,denn neue MieterInnen hätten nur mehr Probleme bei der Durchführung der Modernisierung bedeutet.Dabei wurden die ausfallenden Mieten zum grössten Teil durch Leerstandsgelder aus öffentlicher Hand abgedeckt.Bei den Häusern 27,28 und29 begann die BEWOGE im Frühjahr 89 gezielt zu entmieten,den verbliebenen MieterInnen wurden Umsetzwohnungen aufgedrängt.Diese Aufgabe übernahm in bewährter Manier der Verein SO 36,der durch gezielte Einzelgespräche und Desinformationen die MieterInnen von der Modernisierung "überzeugte".Der Verein SO 36 ist vom Senat beauftragt,VermieterInnen,die modernisieren wollen zu unterstützen - das bedeutet praktisch,dass der Verein nur bei Modernisierung Geld erhält.Die direkte Folge dieser scheinbaren "Verhandlungspolitik"ist,dass inmitten eines von Obdachlosigkeit stark betroffenen Kiez zahlreiche Häuser und Wohnungen leerstehen.Da diese Politik auf immer grösseren Widerstand der KiezbewohnerInnen stösst und Leute begannen,Wohnungen mehr oder weniger still zu besetzen,beschlagnahmte das Sozialamt 6 Wohnungen in der Lübbener 27 um die Lage zu beruhigen.Doch das half nichts,auch der Rest der 27 wurde besetzt.

Forderung nach Wohnraum durchsetzen ,Zustände öffentlich machen

Um eine Räumung zu verhindern beschlossen die BewohnerInnen und UnterstützerInnen der 27, das STERN.-Büro zu besetzen.

STERN ist ein privater Sanierungsträger,teilweise staatlich gefördert.Jedoch der grösste Teil ihrer Finanzierung läuft über Modernisierungsprojekte.Dadurch,dassSTERN über die Vergabe von öffentlichen Geldern mitbestimmt, nehmen sie eine Position ein,in der sie eine ähnliche Entscheidungsbefugniss über Häuser und deren BewohnerInnen haben wie der Hausbesitzer selbst.STERN ist also bei von ihnen betreuten Projekten an jeder Räumung mehr oder weniger direkt beteiligt.

Im Verlauf der während der STERN-Besetzung geführten Verhandlungen mussten STERN und BEWOGE zugeben, dass weder ein genauer Baubeginn für die Häuser 27 und 29 feststeht,noch die Finanzierung der Modernisierungsarbeiten bewilligt wurde.Ausserdem wurden die MieterInnen, die Umsetzwohnungen erhielten, nicht schriftlich über Art und Umfang des Modernisierungsprgramms und die daraus folgenden Mieterhöhungen informiert.Und sind die Leute erstmal aus ihren Wohnungen raus und sitzen vereinzelt in ihren Umsetzwohnungen,haben sie kaum noch Druckmittel gemeinsam oder überhaupt gegen die Schweinereien vorzugehen und ihrem Haus passieren.

Nachdem STERN un BEWOGE den BesetzerInnen gegenüber diese Missstände zugeben mussten,gab es für sie keinen anderen Weg mehr als befristete Mietverträge für die 27 und 29 herauszugeben,offensichtlich auch bemüht, einer Eskalation aus dem Weg zu gehen.

Die befristeten Mietverträge sollen,so die Sozialstrategen von STERN,verhindern,das BesetzerInnen sanierungsbetroffenen MieterInnen die Wohnungen "wegnehmen", jedoch

DIE GRENZE VERLÄUFT NICHT ZWISCHEN UMSETZMIETERINNEN UND OBDACHLOSEN

Sanierungsbetroffen sind nicht nur UmsetzmieterInnen, sondern auch Obdachlose durch Wohnungszerstörung, Leerstand und unbezahlbare Mieten.Wenn STERN, SO 36,AL und der ganze Schrott versuchen, an diesem Punkt eine Spaltung hinzukriegen, so ist es aus der Angst heraus ,dass wenn die Leute sich nicht untereinander fertigmachen, sich die ganze Wut und Unzufriedenheit gegen SIE richten wird.Das muss das Ziel sein,UmsetzmieterInnen und BesetzerInnen zusammen gegen Wohnungsspekulation. Es gibt immer mehr Leute,die etwas tun: Hausbesetzungen in der Schlossstrasse, Ohlauer-March und Nostizstrasse, Bauwagen am Rauchhaus und anderswo, Besetzung des Mauerstreifens am Mariannenplatz und auf der Lohmühleninsel....

**Es gibt noch viele leere Häuser.
Nehmt euch,was euch sowieso gehört!**

Lübbener 27 soll in 4 Wochen geräumt werden,die anstehenden vorgezogenen "Baumassnahmen"z.B.das Zerschlagen von Öfen und Fenstern-bedeuten ausschlieslich das Zerstören von Wohnraum.

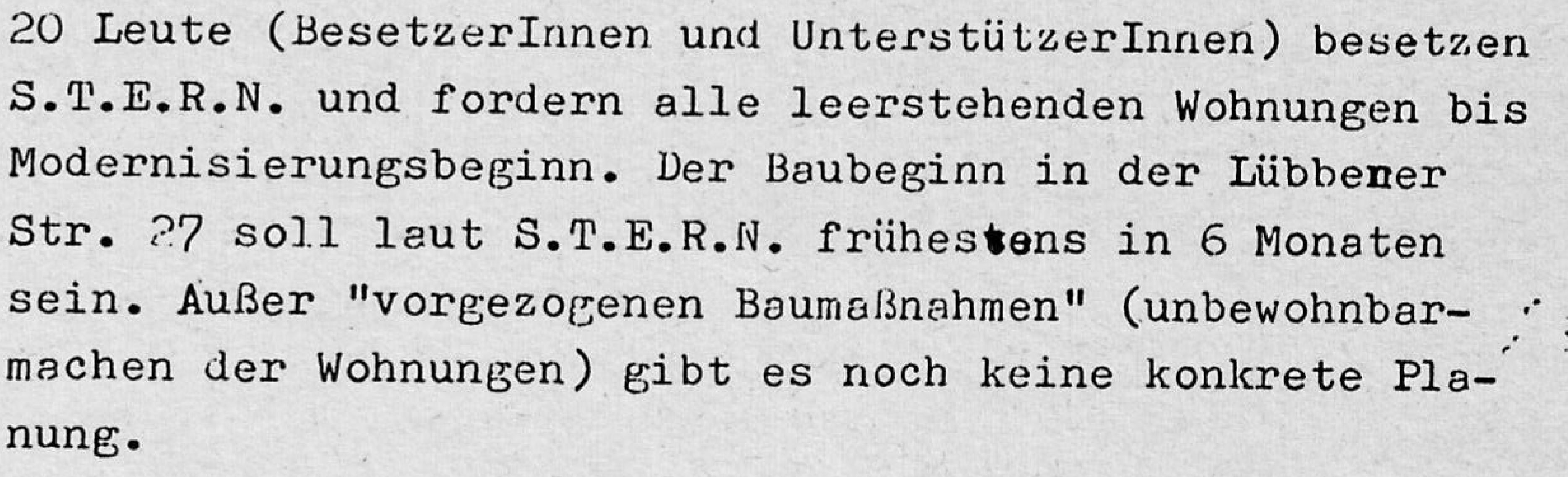
**Her mit den leeren Wohnungen
für Obdachlose!**

**Verträge übern Winter
für alle Häuser bis zum 1.Mai!**

Ersatzwohnraum für alle bei Baubeginn!

Keine Kriminalisierung der Obdachlosen!

CHRONOLOGIE



Januar
In der Lübbener Str. 25, 26, 27 werden 5 Wohnungen besetzt.

17.2.
Durch massiven Druck auf S.T.E.R.N. und BEWOGE erhalten die BesetzerInnen befristete Verträge für 3 Wohnungen, 2 Wohnungen in der Lübbener Str. 27 werden geräumt. Gegen die BesetzerInnen wird der Vorwurf erhoben, sie würden MieterInnen die Umsetzwohnungen wegnehmen.

21.3.
Zusammen mit 7 anderen Häusern werden in Lübbener Str. 27 7 Wohnungen besetzt. Rosa-Grün läßt am gleichen Tag räumen. Der Senat und seine Büttel schreien auf: Es geht um berechtigten und unberechtigten Leerstand.

April-Juli
Das Sozialamt "beschlagnahmt" die geräumten Wohnungen und setzt Obdachlose rein, auch um die Lage zu beruhigen.

April-Oktober
In der Lübbener Str. 27 und 29 werden mehrere Wohnungen still besetzt.

September
BEWOGE läßt das noch intakte Hinterhaus und Seitenflügel in der Lübbener Str. 28 abreißen.

30. September
Die Beschlagnahmefrist läuft aus. Das Sozialamt versucht zunächst die BewohnerInnen ins Obdachlosenasyl abzuschieben. Die, die dableiben wollen, werden mit vagen Versprechungen auf das Haus (gerade geräumt) in der Ohlauer Str,29 verarscht. Für dieses Haus gibt es bis heute keine Lösung im Sinne der BesetzerInnen. Es wird versucht, die Leute gegeneinander auszuspielen.

3.10.
Alle leerstehenden Wohnungen in der Lübbener Str. 27 werden von uns aufgemacht und neue Schlösser eingesetzt.

20 Leute (BesetzerInnen und UnterstützerInnen) besetzen S.T.E.R.N. und fordern alle leerstehenden Wohnungen bis Modernisierungsbeginn. Der Baubeginn in der Lübbener Str. 27 soll laut S.T.E.R.N. frühestens in 6 Monaten sein. Außer "vorgezogenen Baumaßnahmen" (unbewohnbarmachen der Wohnungen) gibt es noch keine konkrete Planung.
Die BEWOGE will die Wohnungen nicht rausrücken.

9.10.
30 Leute besetzen für 2 Stunden S.T.E.R.N.. Sie erreichen, daß am nächsten Tag ein Treffen mit BEWOGE, S.T.E.R.N. und BesetzerInnen stattfinden soll.

10.10.
40-50 Leute sind beim gemeinsamen Treffen. Die BEWOGE rückt auf einmal Verträge raus, weil sich angeblich die Planung zum x-ten Mal geändert hat. Für die Lübbener Str. 27 bietet sie Verträge für 6 Wochen (bis 1.12.) an (mietfrei), danach soll die Wohnraumzerstörung beginnen. Genauer Baubeginn steht immer noch nicht fest, allerfrühestens im Frühjahr 1990.
Für die Lübbener Str.29 bietet sie den BesetzerInnen Verträge bis zum 1.2.90 im Hinterhaus und bis zum 1.4.90 im Vorderhaus an.
Am gleichen Tag geben S.T.E.R.N. und AG Armut vom Verein SO 36 jeweils ein Positionspapier heraus. Sie sprechen von berechtigten Forderungen der BewohnerInnen und unverhältnismäßig langem Leerstand.

11.10. und 13.10.
Vertragsunterzeichnung für die Wohnungen in der Lübbener Str. 27 und 29.

FRIEDRICHSTR. ENTEIGNET !

Leider schon ver:altet - d.h. geräumt



Wir haben heute, Donnerstag den 19.10. das Haus Friedrichstr. 237 enteignet. Es war vorher im Besitz des Bezirksamtes Kreuzberg und wurde seit Monaten systematisch entmietet. Inzwischen sind nur noch der rechte Teil des Vorderhauses und ein kleiner Seitenflügel bewohnt. Die restlichen zwei Seitenflügel und das Quergebäude teilen sich noch drei Mietparteien. Den anderen MieterInnen wurde im Laufe der Zeit aus den unterschiedlichsten Gründen gekündigt.

Dementsprechend sieht auch die Planung über die weitere Verwendung, bzw. den Abriß der Gebäude aus. Bis 1986 wurde der gesamte Komplex instandgehalten. (Brandmauerverputz, Dachrenovierung...)

Im Rahmen der IBA- Planung wurde dann ein neuer Verwendungszweck für das Haus gefunden. Der linke Teil des Vorderhauses sollte abgerissen werden und ein Neubau an seine Stelle und entlang der Brandmauer treten. Die riesige graue Mauer würde nicht zu dem millionenteuren, derzeit in Bau befindlichen "Freizeitpark mit gemütlichem Grillplätzchen" an der Seite des Hauses passen. (wieder ein wenig mehr verplantes, geradliniges und betoniertes Wochenendvergnügen)

FEHLPLANUNG

Denn die IBA- Umstrukturierung, soziale Durchmischung und Schöner-Beton-Wohnen ist herrschende Tendenz der Stadtplaner in diesem Bezirk.
Doch noch lange nicht genug.

Jetzt haben sie ein Gutachten erstellt nach dem der Abriß des linken Vorderhausteiles unumgänglich sei. Als Grund nannten sie uns auf unsere Anfrage hin in der einen Behörde Grundwasserabsenkung in der Anderen ein Steigen des Grundwasserspiegels.

Und wenn sie schon mal dabei sind abzureißen, dann soll auch gleich alles dem Erdboden gleichgemacht werden. Das sieht zumindest die neueste Fehlplanung vor.

Egal ob in den Köpfen der Stadtplaner das Niveau steigt oder fällt. Eins kann als sicher gelten, nämlich daß nach einem Neubau des Hauses die Mieten für viele von uns in unbezahlbare Höhen steigen werden.

Das wollen wir verhindern. Und wir haben neben anderen Plänen für die Gestaltung unseres Zusammenlebens in diesem Haus auch schon unsere Vorstellung für mögliche Verschönerungen der Brandmauer im Kopf !

Wir sehen diese Besetzung weder als sozialarbeiterischen Lösungsversuch der Wohnungsnot, noch als Erfüllung eines links-alternaiven Lebenstraumes, sondern als politische Aktion gegen die HERRschende Wohnungs- und Stadtplanungspolitik.

Deshalb haben wir beschlossen, daß das Haus erstmal drogenfrei belebt wird. Unsere Erfahrungen mit anderen Besetzungen haben uns deutlich gemacht, wie wichtig es ist, einen klaren Kopf zu haben, wie sehr Alk die Menschen lähmen kann und wieviel richtige Ansätze schon an diesem Problem gescheitert sind.

Wir halten es für unverzichtbar, daß dies so von allen akzeptiert wird, weil wir nicht die geringste Lust haben, Türsteher zu spielen. Wir wissen auch um unsere eigenen Widersprüche mit diesem Thema. Aber wir werden es versuchen. KOMMT ALLE!



FEHLPLANUNG FRIEDRICHSTRASSE INFORMIERT

Die kürzeste Besetzung seit es rosa - giftgrün gibt

Viel Kritik ist uns nach dem Enteignungsversuch der Friedrich 237 zu Ohren gekommen. Die Menge an Konstruktivem war noch nicht sehr groß. Klar die Unentschlossenheit zum Teil, ~~das Ding mit der VV war wirklich nicht die beste Idee. Wir werden noch dran arbeiten~~. ....

Sanierungslüge

Wir haben lange in den Kurzmeldungen der pluralistischen Einheitspresse von taz über tagesspitzel zur Mottenpost nach inhaltlichen Unterschieden gesucht; unserer Erwartung entsprechend, fanden wir keine. Und anstatt die halbamtliche Regierungszeitung taz mal nachforscht was mit dem Haus passieren soll; authentische Berichte der Szene wandern bei ihr seit längerem in den Papierkorb, schreibt sie lieber aus dem Polizeibericht ab.
Leichter fiel uns die Suche nach möglichen Gründen für die sofortige Räumung der Fehlplanung. Die Presse schrieb, daß die Räumung auf Antrag der Eigentümerin, des Beziksamtes Kreuzberg geschah; sowie daß es sich um ein Sanierungsobjekt handeln solle. Selbst bei der Hausnummer haben sie gelogen, es war nicht die 236.
Im ersten Flugblatt haben wir erklärt, was im Moment wirklich damit geplant ist: Abriß fast aller Gebäudeteile innerhalb der IBA - Umstrukturierungsplanung.

Wie wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erfahren haben, wurden in Wirklichkeit Teile des Bezirksamtes erst nach der Bullenaktion informiert. Dafür fand denn tags darauf im selbigen Amt eine Sitzung statt; anwesend unter Anderem Eichstädt und die GSW, die das Haus übernehmen sollte. Thema der Unterredung: die Fehlplanung Friedrichstr. 237 !

Es wurde uns zum Teil erst jetzt klar, welch verdammt wunden Punkt wir getroffen hatten. Deshalb die Lügen von "in Sanierung begriffen", ganz wie bei der Räumung der acht besetzten Häuser März dieses Jahres.

Ein Versuch das Gesicht zu wahren

Bei ihrer Unterredung mußten sie sich überlegen, wie sie ihre Politik an diesem Haus noch legitimieren können. Wie sie bei der herrschenden Wohnungsnot, dem immer stärker werdenden Mietzwang, wo sie sich erdreisten für 300 DM eine Turnhallenpritsche an Studies zu vermieten, erklären können, daß ein ihnen gehörendes Haus leersteht und geräumt wird. Sie hätten es sich niemals leisten können, uns auch nur einen Tag im Haus zu lassen. Deshalb die Sanierungslüge, die schnelle brutale Räumung, bei der im Haus befindliche Menschen verletzt wurden; eine Frau eine Gehirnerschütterung erlit, weil sie die Treppen hinuntergeworfen wurde.

Wir wollen jetzt aber nicht jammern über ihre Verlogenheit und die Gewalt der Verhältnisse. Sie schlagen uns täglich ins Gesicht.
Genausowenig wie wir den moralischen Zeigefinger erheben wollen und sagen:
gebt uns doch bitte das Haus zurück, ihr habt ja keine moralische Legitimation.

Die hatten die HERRschenden noch nie gehabt.
Der Enteignungsversuch war als politische Aktion geplant und nicht als Wohnungsbeschaffungsmaßnahme mit WBS. Klar ist doch, daß wir um nichts bitten. Wenn müssen wir es uns schon nehmen. Geschenkt wurde uns noch nie was.

Wir können sie nicht zwingen die Wahrheit zu sagen, ...

Sicher, unsere Lieblingspolitiker wie Eichstädt oder Jesse setzen sich ab und zu symbolisch für ein Haus ein. So geschehen in der Ohlauer 29. Geräumt wird doch. Und da Franziska diesmal von nichts wußte, braucht sie sich nicht zu rechtfertigen. Das übernehmen gerne rechte Hardliner bei den Bullen oder im Bezirk.
Sie benutzen uns ab und zu nicht nur als Trüffelschweine auf der Suche nach Sanierungsleichen, sondern auch manche Aktionen gegen private Spekulationsobjekte um sich wieder ein wenig zu legitimieren, das Gesicht zu wahren.
"Schaut her, wir tun doch was für euch, und wenn erst die Rechte nicht wäre und das Recht, wenn wir könnten wie wir wollten, wir würden ...

Und wenn es uns doch noch gelingen sollte, die Fehlplanung und die dahinterstehenden Interessen in die öfentliche Diskussion zu bringen, dann haben wir ihnen das teilweise entrissen. Unser Ziel wäre es auch gewesen, aus dem Haus heraus das Wohnen als Ware, das Recht auf Eigentum das dem auf Wohnraum entgegensteht, zu thematisieren. Wir haben das bürgerliche, zum Teil auch linke Gejammer über die Wohnungsnot gestrichen satt. Die Meinungsmacher, die mit Zahlen jonglieren, die neusten Paragraphen zitieren können und uns belehren wollen, daß wir uns irgendwo anzustellen haben, wo sie selber noch nie waren.
Die ganze Flitzkacke, die Wohnungsnot hat nicht nur Name und Adresse sondern ist eben ein nicht zeitweise auftretendes, beklagenswertes Phänomen. Ist vielmehr eine nicht wegreformierbare Erscheinung des kapitalistischen Systems.

Gegen Wohnen als Ware

Sie haben Angst, der Busspurenkoalition könnte drohen etwas immer mehr zu entgleisen. Es wären genug Schwierigkeiten auf sie zugekommen, ihr eignes Haus zu beschlagnahmen.
Überall rumort es, braut sich etwas zusammen. Wenn schon der Normalalltag unerträglich ist. Was für Worte fallen uns zur jetzigen Situation im sexistisch und rassistisch ausgenutzten Konkurrenzkampf um die Ware Wohnung ein?
Deshalb die schnelle, brutale Räumung, die Sanierungslüge.

Die Fassade bröckelt und hinter den Gesichtern der grauen Herren von Stadtplanern, Spekulanten, Maklern und ihren Politikern erscheint die repressive Fratze des Systems. In Form von Bullen und Belohnung, Zuckerbrot und Peitsche.

2000 DM wer an einen Studi vermietet, Prügel wer ein Haus sich nimmt.
Bestechungsgeld für unsere Ausbeuter, Geldstrafen für die, die sich nichts mehr gefallen lassen wollen.

Sie haben Angst. Und unsere Aufgabe muß es jetzt und immer sein, dafür zu sorgen, daß ihre Sorgen berechtigt sind.

Doch unser Zusamenkommen, die Vernetzung und Organisierung unserer Kämpfe ist wichtiger denn je.
Denn alles bleibt letztendlich vereinzelt, isoliert und dadurch wirkungslos, wenn es nicht in irgendeiner Form mit dem kollektiven Willen nach Veränderung zusammenfällt.
Um eine starke, radikale politische Gegenkraft entwickeln. Als der Notwendigen Grundlage um ein Haus politisch militant halten zu können ebenso wie für Umwälzung der HERRschenden patriarchalen und kapitalistischen Verhältnisse.

Und die schreien nach Veränderung. Zehntausende Obdachlose, Millionen dem Mietzwang Unterworfenė, die wenn sie nur wollten, zusammenkommen würden, durch nichts und niemand aufzuhalten wären !

Deshalb VV (diesmal wirklich) .. FR. 27.10. 19[00] im HEILEHAUS WALDEMARSTR. 36 in 1-36

mit ANTI-FUNKTIONALISIERUNGS-GARANTIE!

ERHALT ALLER BESETZTEN HÄUSER UND RÜCKGABE DER GERÄUMTEN   HAFEN BLEIBT

ENTEIGNUNG ALLER HAUSBESITZER !!

DIE HÄUSER DENEN DIE DRIN WOHNEN

KEIN ABRISS DER FRIEDRICH 237   GEBT DAS HAUS DEN ALTEN MIETERINNEN BZW. STELLT OBDACHLOSEN DAS HAUS MIETFREI ZUR VERFÜGUNG !!

Strategien für Kreuzberg – oder:

Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Autonomste im ganzen Land?

Gertrud Trisolini

Etwas Sanierungsgeschichte:

nach dem Mauerbau waren in Kreuzberg emsig arbeitende Verkehrsplaner am Werk. „Wartend auf die Wiedervereinigung" sollte eine 6- spurige Autobahn an die Mauer gebaut werden. Städtische Sanierungsträger kauften dieses Gebiet auf, um es für die bevorstehende Sanierung klarzumachen. In den siebziger Jahren wurde von dieser Idee Abstand genommen. Der Abriß begann, die alten Kreuzberger wurden vertrieben und in Betonburgen wie dem Märkischen Viertel untergebracht. 20 Jahre Sanierungsgebiet hatte zur Folge, daß viele alteingesessene MieterInnen und Gewerbetreibende wegzogen. Die „neuen" BewohnerInnen Kreuzbergs waren in der Regel Punks und die türkischen Sippen. Die Zeit war reif für Taten. Die ersten Häuser wurden besetzt. (ab '79)

Etwas bewegte Geschichte:

Rückblickend auf nahezu 9 Jahre Stadtteilarbeit und den Kampf um ein lebendiges, nicht zubetoniertes Kiez, denke ich über unser damaligen Vorstellungen und Wünsche nach.

„Warum wir in die leerstehenden Häuser gingen:

Wir wendeten uns, um der Zerstörung von Lebensraum Einhalt zu gebieten, den leerstehenden Häusern zu, zum einen, um die Sanierungs- und Abrißmaschinerie zu stoppen; zum anderen, um aus unserer Isolation und Vereinzelung herauszukommen; gemeinsam leben und arbeiten, sich gemeinsam wehren, zu lernen, uns nicht mehr alles gefallen zu lassen, was uns einzwängt." (Blockrevue Mai 1982)

Politik zum Anfassen und sich dabei wohlfühlen.

Das Private war politisch. Es existierte ein Klima, in welchem es möglich war, daß die unterschiedlichsten Gruppierungen solidarisch miteinander leben, lernen und kämpfen konnten. Kreuzberg, eine lebendige Attraktion, wo auf kleinstem Raum „jeder nach seiner Fasson selig werden konnte."

Der Kampf um Freiräume, in welchem sich Möglichkeiten boten, eine Gegenkultur, fernab von Konsum, Leistung und TV-Terror, zu entwickeln, war ein notwendiger Bestandteil, um der Lebendigkeit dieses Kiezes zu mehr Raum zu verhelfen. Soweit die Ziele und die Ansprüche, über die sich alle einige waren. Konflikte wurden in der Regel solidarisch auf Hausplena, Block- oder Besetzerrat ausgetragen.

Die Freie Republik Kreuzberg – und das Ende der Besetzerbewegung

Die Legalisierungsdebatte wurde in der Richtung geführt, daß die Häuser als Widerstandsnester notwendig wären; erneute Vereinzelung war vielen ein Horror, weshalb das Unterschreiben eines Vertrages als das Kleinere Übel akzeptiert wurde. (Politisch als falsch erkannt, aber sozial notwendig).

16.3.82 stellt sich die taz die Frage: „Wie lassen sich Träume von Besetzerautonomie und die Realität eines Sanierungsträgers miteinander verbinden?"

1.5.84 wird die taz-Serie „Der Traum ist aus?" veröffentlicht. Das letzte Haus war nun legalisiert.

Die Legalisierung eine zweischneidige Sache: einerseits konnten die erkämpften Freiräume, das Wohnen in Großgruppen, erhalten bleiben und weiterentwickelt werden; andererseits bedeutet das Ende der Besetzerbewegung die Integration und Verführung durch öffentliche Gelder, ein Stück weit ja sagen zum Staat, zur Bürokratie und zur Staatsknete.

Die Besetzerbewegung, abgeschlafft und zerstritten wie sie damals war, schickte nun Vermittler wie Paten, Kirchenvertreter und Leute aus den Mieterläden ins Rennen; sie sollten retten, was noch zu retten war.

Gleichzeitig fühlten sich viele Ex-BesetzerInnen, von ehemaligem Ruhm ummantelt, omnipotent was die Einschätzung ihres Könnens und ihrer Durchsetzungsfähigkeit betraf. „Alle können alles sowieso". Die Überidentifikation mit dem eigenen Lebensbezug führte zu Realitätsverlust. „My home is my castle". Die einst Bewegten bewegten sich im übrigen auf Stammtischpalaver, im Schwärmen von besseren Zeiten, ein bißchen Nicaragua, Brockdorf und Wackersdorf, der VoBo- Pogo natürlich auch.

Die Auseinandersetzungen um ihren unmittelbaren Lebenszusammenhang überließen sie bequem ihren gewählten Stellvertretern. Die sollten sich die Hände schmutzig machen und mit den Schweinen an einem Tisch sitzen und verhandeln.

Kreuzberg 1988 – oder wer hat hier das Sagen?

Angezogen vom Image - in Kreuzberg kann mensch sich noch ausleben, sind die Jungautonomen in dieses politische Vakuum gestoßen; sie haben durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam gemacht.

Seit dem 1. Mai 1987 scheint für sie klar zu sein, daß hier revolutionäres Potential vorhanden ist, es muß lediglich mobilisiert werden. Sie schreiben, anonym versteht sich, Verhältnisse wie in Belfast und Brixton herbei und sind Anhänger der Verelendungstheorie. Ihr Ziel ist nicht die Nische, nein, sie wollen die Weltrevolution. Ihre Kämpfe gegen Imperialismus, Rassismus und Patriarchat sind nicht gegen klassische Vertreter von Staat und Kapital gerichtet, sie richten sich gegen angreifbare Personen und erkämpfte Stadtteilprojekte hier vor Ort.

Beispiele sind:

- 3 Brandanschläge auf die Kita Dresdnerstr.
- Brandanschlag auf das Ausbildungswerk Kreuzberg
- Zerstörung des Blockschocks
- Brandanschlag auf zwei Bagger, die auf dem Görlitzer Bahnhof einen Stadtteilpark mitgestalten sollen
- Attacken gegen taz-Mitarbeiter und AL-Vertreter
- Attacken gegen den Verein SO 36
- zerschlagene Scheiben in der Erneuerungskommission
- Kübel-Aktion gegen Maxwell (angeblich ein Nobel- Restaurant, wo u.a. Architekten speisen, was zur Umstrukturierung beiträgt und die Mieten hochtreibt.)
- Überfälle auf Sputnick und Kino Eiszeit (wegen angeblich sexistischer Filme, der Raub der Einnahmen selbstverständlich für die Knastkasse.)
- paramilitärischer Einmarsch von 10 Maskierten in das Stattbaubüro und Zerstörung desselben.

Sie scheuen die öffentliche Auseinandersetzung wie der Teufel das Weihwasser. Wer sich nicht unterwirft, wird verstoßen und angegriffen. Der Bekennerbrief im Zusammenhang mit dem Stattbau- Überfall (verfaßt von den Ghostwritern) zeigt, in welch verheerender Weise die Akteure über ihre Angriffsziele informiert sind. „Wissen bedeutet Macht" scheint als Wert nichts mehr zu gelten. „Von etwas nicht wissen wollen" und deshalb alles kaputt schlagen scheint die Entsprechung zu sein. Die Vorwürfe gegen Stattbau sind:

- Teilnahme an nichtöffentlichen Treffen, auf welchem Befriedungsmaßnahmen geplant werden
- Mitschuld an der Bekämpfung durch Befriedung
- Aufstandsbekämpfung durch Befriedung
- Zwangsarbeit der BewohnerInnen
- Counterforschung fürs DIfU

Davon, daß der „Apparat" Stattbau von den Besetzern gewollt und diese mit 50% der Stimmen im Aufsichtsrat vertreten sind, ohne sie also keine Entscheidung möglich ist, haben die Ghostwriter wohl nichts gewußt.

Zur Umstrukturierung '88

„Im Vergleich zu feudalistischen und kapitalistischen Herrschaftssystemen hat die Autonomie in den ehemals besetzten Häusern immerhin eine grundlegende Veränderung bewirkt: hier arbeiten wenige für viele." (Küchenspruch).

Das Klima mittlerweile aggressiv, jeder gegen jeden, im Kampf um die Freiräume, welche immer weniger werden.

Die Auseinandersetzungen, soweit sie überhaupt noch öffentlich stattfinden, verlaufen engstirnig und kleinkariert.

Vergleiche mit dem Muschterländle kommen hoch: wer samstags nicht die Straße fegt, hat nichts zu lachen. Abweichende Meinungen werden erbarmungslos bekämpft.

Typisch für die öffentlichen Auseinandersetzungen ist, daß sie geprägt sind von der Atmosphäre einer Palaverdemokratie. Ohne Verantwortung zu tragen, geschweige denn, Sachkompetenz zu haben (was mit Arbeit verbunden wäre), mischt jeder zufällig Anwesende in den Diskussionen mit, ohne daß die Auswirkungen hinterfragt werden, von gemeinsamen, konstruktiven Aktionen ganz zu schweigen. Bündnispartner sind in Zeiten, wo ein Blick über den eigenen Tellerrand nicht möglich ist, nicht mehr gefragt. Der gemeinsame Konsens, das Interesse an einem gleichberechtigten Gegenüber, das bunte Miteinander, scheint Schnee von gestern zu sein.

Die anonyme Gewalt ist angesagt; nur die mit den dicksten Muckis werden hier im Kiez überleben.

Ich schaue in den Spiegel
und sehe, daß Kreuzberg – der einst noch schillernd- lebendige Bezirk – blind und stumpf geworden ist.

Freunde, bei aller Liebe, das kann doch nicht das Ergebnis jahrelanger Kämpfe gewesen sein?

Abendrot geschlossen!?

Jannis und Ellen gekündigt

Jannis und Ellen, die seit März 1983 das Abendrot betreiben, ist von der Hausverwaltung Boergen, Kaiserdamm 31 zum 31.10.89 gekündigt worden. Hausverwalter Boergen, zusätzlich Rechtsanwalt und Notar, ist in diesem Spiel nur die Marionette der zwei Besitzer Dr. Wolfgang Credner, Zahnarzt, und Dr. Leif Traube, Chirurg, die das Haus inclusive Abendrot Ende 1986 erworben haben.

Jannis und Ellens Hoffnung, den Vertrag auch zu neuen Konditionen direkt mit dem Eigentümer, ohne Brauerei, zu verlängern, wurde durch die Kündigung zerstört. Ob mit oder ohne Brauerei, die Eigentümer wollen Jannis und Ellen auf jeden Fall loswerden. Auf die zahlreichen Briefe mit der Bitte um Vertragsverlängerung seit März 1989 wurden ihnen weder von der Hausverwaltung noch von den Ärzten geantwortet. Auch telefonisch ließ sich Boergen über Monate hinweg verleugnen. In einem erzwungenen Gespräch im Juli in seiner Kanzlei, Jannis und Ellen hatten sich in einer anderen Angelegenheit angemeldet, brachte Boergen stotternd und stammelnd doch heraus, daß die beiden bei einem evtl. neuen Vertragsabschluß für das Restaurant als Bewerber nicht in Frage kämen: *Man wolle die Ecke aufwerten und ein ganztägiges Bistro eröffnen!* Bezirksbürgermeister König erwirkte im August per Telefon eine einjährige Vertragsverlängerung, die sich dann im schriftlichen Angebot von Boergen am 12.9.89 auf ein halbes Jahr bis April 1990 reduzierte und war an folgende Bedingungen geknüpft:
- Räumung der Lagerwohnung
- Verdoppelung der bisherigen Miete für das zugestandene halbe Jahr

Auch ein Brief des M.d.A Günther, SPD, an die Ärzte blieb unbeantwortet. Stattdessen nahm Anfang Oktober Boergen das Angebot der halbjährigen Galgenfrist wieder zurück, d.h. **Räumung bis Ende dieses Monats.**

Jannis und Ellen haben sich telefonisch bei Boergen mit den Konditionen der halbjährigen Galgenfrist einverstanden erklärt - eine Antwort fehlt bis heute.

Alle kennen Jannis und Ellen. Weitere Worte erübrigen sich, außer, daß es hier um mehr als eine Existenzzerstörung geht: ein weiteres Schicki-Micki Lokal soll uns unsere Stammkneipe verdrängen.

Die Zeit drängt, falls beide schon Ende Oktober räumen müssen!

Wenn sie weg sind werden die anderen Mieter unter der "Aufwertung" zu leiden haben!

Unterschreibt die Listen und helft gegen die Spekulanten!

Abendrot bedroht



Skrupellose Rausmodernisierung einer Kreuzberger Kiezkneipe

Seit über sechs Jahren betreiben Janis und Ellen das `Abendrot`(Paul-Lincke-Ufer/Ecke Mariannenstr.),Kneipe und gemütlicher Treffpunkt für viele Freunde und Anwohner rund um die Kottbusser Brücke.Jetzt wurde ihnen von den zwei Hausbesitzern auf absolut perfide Art kurzfristig zum 31.Okt.gekündigt und damit ihre mühsam aufgebaute Existenzgrundlage vernichtet (Einzelheiten dazu auf der Rückseite des Flugblattes).

Die dafür verantwortlichen Spekulanten sind:

Dr.Wolfgang Credner (Zahnarzt)
Hoiruperstr.14,1-38
(Praxis:Savignypl.5)

und

Dr.Leif Traube (Chirurg)
Auerbacherstr.2

Ihr profitables Geschäft besorgt ihnen:
Hausverwalter Boergen,Rechtsanwalt und Notar,Kaiserdamm 31

Wir werden ihre Pläne stoppen

Viel zu lange schon müssen wir mit ansehen,wie unsere Kneipen und kleinen Läden von Sexshops und Spielhallen verdrängt werden (rund um den Kottbusser Damm in den letzten Jahren in über 30 Fällen),wie Schicki-Restaurants für Reiche und Touristen aus dem Boden schießen.
Viel zu unentschlossen haben wir uns bisher gegen die zynische Vertreibung von Menschen gewehrt,wie z.B.im Fall des älteren Ehepaars in der Dieffenbachstr.28,das letztes Jahr trotz hunderten von Protestunterschriften zum zweiten Mal gnadenlos aus seinem Elektrogeschäft rausgekündigt wurde.

Das Bezirksamt,S.t.e.r.n und alle,die aus menschlichen,beruflichen oder politischen Motiven eine explosive Verschärfung der sozialen Gegensätze rund um die Kottbusser Brücke vermeiden helfen wollen,fordern wir auf:Nehmt noch in der Woche vor dem 31.10.mit den Spekulanten Kontakt auf und wirkt darauf hin,daß Janis und Ellen daß Abendrot zu vertretbaren Bedingungen weiterbetreiben können!!!!!!
Ein`Bistro´oder einen ähnlichen Schickischuppen werden wir an dieser Ecke niemals zulassen!Das Abendrot machen wir zum exemplarischen Testfall unseres Anti-Spekulanten-Kampfes!!!!

Janis,Ellen und das Abendrot bleiben!

Schluß mit der Zerstörung von Kleingewerbe und Kiezstruktur!

FreundInnen und AnwohnerInnen der Kottbusser Brücke

Initiative`Spekulant?  *Spekulatius!´*
Block 89

v.i.S.d.P.:Freunde des `Abendrot'
c/o P.Braun,Fraenkelufer 2

E xyz - Lebensmittelzusätze

VERHINDERN SIE DIE ANWENDUNG DIESER ZUSÄTZE, INDEM SIE DIE ERZEUGNISSE GENAU AUSWÄHLEN. DER KÄUFER BESTIMMT LETZTENDLICH DIE ZUSAMMENSETZUNG DES FABRIKATS. DENKEN SIE AN DIE GESUNDHEIT IHRER KINDER! KOPIEREN SIE DIESE AUFSTELLUNG UND VERTEILEN SIE UNTER FREUNDEN UND BEKANNTEN.

CENTRE HOSPITALIER
F 52014 CHAUMONT

ZUSÄTZE IN LEBENSMITTELN

1. UNSCHÄDLICHE ZUSÄTZE:
E 100, 101. 103, 104, 105, 111, 121, 122, 126, 130, 132, 140, 151, 152
E 160, 161, 162, 163, 170, 174, 175, 180, 181, 200, 201, 202, 203, 236
E 237, 238, 260, 261, 262, 263, 270, 280, 281, 282, 290, 300, 301, 303
E 304, 306, 307, 308, 309, 322, 325, 326, 327, 331, 332, 333, 334, 305
E 335, 336, 337, 382, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 408, 410, 411
E 413, 414, 420, 421, 422, 440, 471, 472, 473, 474, 475, 480

2. VERDÄCHTIGE ZUSÄTZE:
E 125, 141, 150, 153, 171, 172, 173, 240, 241, 477

3. GEFÄHRLICHE ZUSÄTZE:
E 102, 110, 120, 124 (z.B.Vanillepudding E 102, 110)

4. STÖRUNG DER GESUNDHEIT:
DARMSTÖRUNGEN: E 220, 221, 222, 223, 224
VERDAUUNGSSTÖRUNGEN: E 338, 339, 340, 341, 461, 463, 465, 466, 450
Eiscreme E 407
HAUTERKRANKUNGEN: E 230, 231, 232, 233
ZERSTÖRUNG VON VITAMIN B 12: E 200
GEFÄ:ERKRANKUNGEN: E 250, 251, 252 (hauptsächlich in Wurstwaren)
CHOLESTERIN: E 320, 321
EMPFINDLICHKEIT DER NERVEN: E 311, 312
MUNDFÄULE: E 330 IST AM GEFÄHRLICHSTEN ENTHALTEN (KREBSERREGEND)
z.B. in: SCHWEPPES ZITRONE , AROMASENF, MEZZO-MIX.
KRABBENFLEISCH, BONBEL-KÄSE , PILZE IN DOSEN

5. KREBSERREGENDE ZUSÄTZE:
E 131, 142, 213, 214, 215, 216, 217, 210, 211, 239

A C H T U N G: E 123 - SEHR KREBSERREGEND, in den USA und in der UDSSR VERBOTEN!!!!
AUF DIESE ZUSÄTZE BESONDERS BEI FOLGENDEN LEBENSMITTELN ACHTEN:

MANBA E 123/E 110, VORSICHT!!!

GUMMIBÄRCHEN , TREETS , SMARTIES , HARIBO WEINGUMMI ,
SCHOKOLINSEN , ZOTT SAHNEPUDDING, IGLO FISCHSTÄBCHEN,
KRAFT DOPAHM MIT CREME FRAICHE, KRAFT SALAMI STREICHKÄSE,
VANILLE PUDDING E 102, E 110
FERTIGSAUCEN ALLER ART!

BITTE KOPIEREN UND WEITERGEBEN !

VOLXSPORT

Wir haben in der Nacht vom 22. auf den 23.10. [1989] die Haus- und Gartenmauern sowie einige Autos von insgesamt 9 Studentenverbindungen mit Parolen wie "Vorsicht Faschisten!", "Nazis raus", "Tod den Burschenschaften", "Nie wieder Deutschland", "Weg mit dem Nazidreck" und ähnlichen verziert.
Wir taten dies, weil wir nicht länger ruhig zusehen wollen, wie sich die imperialistische Herrschaftselite dieser ach so freien Republik ihren mit nationalistisch-faschistischem Gedankengut durchsetzten Nachwuchs heranzüchtet. Die Burschenschaftler von heute sind (oder wollen es sein) die führenden Personen in Staat und Wirtschaft von morgen. Prominente Mitglieder sind bzw. waren z.B.: Diepgen, Lummer, Turner, Kewenig, Landowski, Strauß, Schleyer, MTU-Zimmermann, usw. Ihr Spektrum reicht von rechtskonservativ bis neofaschistisch, von CDU bis Wiking-Jugend. Konkurrenz- und Leistungsdenken sowie das Akzeptieren und Propagieren von Hierarchien in allen Gesellschaftsbereichen (selbstverständlich mit ihnen an der Spitze) ist ihnen allen gemein. Ihr antiquierter, extrem nationalistischer Deutschlandkult mag Mensch lächerlich-grotesk erscheinen, wenn diese Leute es nicht ernst meinen würden. Außerdem bestehen bei allen Verbindungen rassistische und sexistische Aufnahmekriterien (es dürfen weder Frauen noch AusländerInnen Mitglied werden).
Die Verbindungen wollen zu Semesterbeginn wieder verstärkt neue Mitglieder anwerben, indem sie insbesondere Erstsemester mit (durch kräftige Kapitalhilfe seitens ihrer "alten Herren" ermöglichtem) Wohnraum und Kameradschaft anzulocken versuchen. Durch die Parolen sollen diese Leute vor den Verbindungen gewarnt und auch die Nachbarn auf deren Treiben aufmerksam gemacht werden. Außerdem dürften die Fassadenrenovierungen einen Batzen Geld, Arbeit und Ärger kosten. Es hat Spaß gemacht.
Gegen Karrieregeilheit, Frauenfeindlichkeit, Rassismus und Deutschtümelei!!!!
Den Faschisten und Imperialisten keinen Freiraum!!!!
Wehret den Anfängen und deren Fortsetzungen!!!!
Kampf den Verbindungen!!!!
Für eine herrschaftslose Gesellschaft!!!!

Liebevolle AntifaschistInnen

Anlage: Adressenliste der Studentenverbindungen in West-Berlin, die Angekreuzten wurden besprüht ...

GEGEN KARRIEREGEILHEIT, DEUTSCHTÜMELEI UND FRAUENFEINDLICHKEIT !

KAMPF DEN VERBINDUNGEN !!

Turnerschaft Alemanno-Borussia
im MK
1/45 Herwarthstr.13 7723098

Arminia 833 69 89
1/45 Holbeinstr.22

KStV Askania-Burgundia
1/33 Pücklerstr.24

Corps Berolina im WSC
1/33 Bimarckallee 13a
891 10 32

Corps Borussia Berlin
1/33 Douglasstr.22
825 61 89

Sängerschaft Borussia in der DS
1/30 Genthiner Str.30B
261 96 49/ 261 97 49

KDStV Borussa-Saxonia Berlin
1/45 Lotzestr.20
811 50 53

Landsmannschaft Brandenburg
1/19 Kirschenallee 23
304 60 63

Landsmannschaft im CC Preußen
1/33 Lynarstr.21
891 74 36

Corps Cheruscia im WSC
1/45 Ringstr.89
Studentenwohnheim 8 33 72 49 Aktivitas 8 33 60 21

~~Gothia
1/37 Königstr.3
802 90 81~~

Corps Guestphalia
1/33 Schwendener Str.13
832 50 72

Corps Lusatia-Leipzig
1/33 Hammersteinstr.14
(823 18 67) 823 90 67 mo 20 h

Corps Marchia (Verein Alter Berliner Märker)
1/33 Bernadottestr.68
831 13 72

Burschenschaft der Märker
1/33 Podbielskiallee 15
(823 65 90) 831 49 80

Corps Masovia Masuren-Haus Norbert Vorberg e.V.
1/37 Rondellstr.6
802 90 43

Corps Normannia
1/19 Klaus-Groth-Str.4
302 77 83 mi 20 h normannenabend!

Burschenschaft Obotritia
1/38 Cimbernstr.12
803 52 34

Turnerschaft Ostland
1/15 Bleibtreustr.3
312 19 59

Burschenschaft Primislavia
1/20 Am Pichelsee 30a
361 40 45

Turnerschaft Rhenania et Alania
1/41 Fregestr.57
851 42 06

Corps Rheno-Guestphalia
1/19 Rüsternallee 34/36
304 49 56/ (305 12 27) fr 20 h

~~Corps Saxo-Borussia im WSC
1/37 Schweitzer Str.11
802 60 89/ 802 32 07~~

Landsmannschaft Spandovia
1/19 Preußenallee 15
304 32 22

Corps Teutonia
1/41 Sarrazinstr.19
851 92 80

Burschenschaft Teutonia-Jena
1/41 Brentanostr.52
823 20 50

Landsmannschaft Thuringia im CC
1/33 Schwendenerstr.10

Corps Vandalia-Teutonia
1/37 Riemeisterstr.4
801 10 55

VDSt
1/37 Gartenstr.1

Berliner Wingolf mi 20 h 30
1/12 Schillerstr.36 312 23 09

Berliner Turnerschaft-Korporation
1/44 Weserstr.21
623 41 87

Lysistrata (Frauenverbindung)
786 87 12



fantifa Bonn

„Feminismus" = „weibische Art, körperliche und seelische Verweiblichung bei Männern" – das ist die Duden-Definition von 1966.

„Feminismus" = „Richtung der Frauenbewegung, die ein neues Selbstverständnis der Frau und die Aufhebung der traditionellen Rollenverteilung anstrebt" lautet die Duden-Definition 1986.

Dazwischen liegen 20 Jahre, in denen sich die Frauenbewegung aus ihrer Totalzerstörung im Faschismus neu bildete, theoretisch und praktisch wirksam wurde.

Feministischer Antifaschismus



Was haben Faschismus, Rassismus und Sexismus gemein? Muß antifaschistische Arbeit nicht nur antirassistisch, sondern auch antisexistisch sein? Wenn ja, wie? Fragen, die die Frauenbewegung nicht erst seit den Wahlerfolgen der „Republikaner" beschäftigen.
Von so man(n)chen wird die Frage nach den Zusammenhängen als „modernistisch" abgewehrt. Die Namensgebung neuer antifaschistischer Bündnisse – die mit den vielen „ismen" – hat (noch) nicht unbedingt den feministischen Blick in der antifa-Politik zur Folge.
Nachfolgend dokumentieren wir . Ansätze frauenbezogener/feministischer antifa-Arbeit ein Beitrag der „fantifa – feministische antifa Bonn" zur Bremer Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus vom Januar '89.
Mittlerweile wird für den 20./21. Januar 1990 eine 1. BUNDESWEITE FEMINISTISCHE ANTIFA-KONFERENZ geplant. Ein erstes Vorbereitungstreffen für diese Konferenz fand (nach Redaktionsschluß, Anm. d. Red.) statt.

Während ihr Aktionsschwerpunkt in den 70er Jahren im Kampf um die Abschaffung des § 218 lag, der zu einer relativen Liberalisierung des aus dem Bismarckreich mitgeschleppten Abtreibungsparagraphen führte, können heute ihre Beiträge zur Gen- und Reproduktionstechnologie als hochpolitisiert gelten.
Auf anderen Gebieten befindet sich die feministische Theorieentwicklung in einem z.T. rasanten Fortschritt; Fehler und Rückschläge gehören dazu.
Es ist zu fragen, ob bei den vielen Versuchen, sich dem Patriarchat zu erwehren, die Barrieren gegen eine biologistische Argumentation gefestigt sind, besonders dort, wo menschenverachtende Gesellschaftssysteme damit erklärt werden, daß Männer sie machten und in ihnen herrschen und daß in Frauen revolutionierende Potentiale gesehen werden, weil es Frauen sind. Hier bringt sicher ein frauensolidarischer Diskurs Bewegung in die Frauenbewegung.
Der politische Gegner der fantifa – feministische antifa – steht jedoch woanders.

Er steht z.B. dort, wo rechte Ideologie feministisch verkleidet daherkommt. So schreibt z.B. Helga Hach-v. Scherpenberg im Müttermanifest (Hrsg.: DIE GRÜNEN, 22./23. 11. 86), scheinbar die Interessen von Müttern vertretend: „Über $1/3$ der deutschen Bevölkerung ... hat ein Lebenskonzept, das mit ihrem eigenen Tode endet. Das ist lebensfeindlich. Die hemmungslose Immigration von Nichteuropäern führt, wie man schon sieht, zu zunehmender Ausländerfeindlichkeit, Angst, Radikalisierung nach rechts ... Unsere Kinder müssen sich mit Problemen herumschlagen, die geschaffen werden von denen, die keine Kinder haben ..."
Die Autorin ist in der „Deutschen Hausfrauen-Gewerkschaft" (dhg) Funktionärin, die als Teil der Frauenbewegung auftritt, obwohl sie nichts weiter als den Bestand von Familie und Kinderzahl im Auge hat, was schon immer auf Kosten der Frau, ihres Lebens, ihrer Gesellschaftlichkeit, ihrer Selbständigkeit ging. So heißt es auch recht drastisch in der dhg-Rundschau (1/86):
„Je mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt drängen, desto geringer werden die Chancen für die einzelne. Unter diesem Aspekt erscheint die fehlende Solidarität zwischen erwerbstätiger Frau und der Frau, die ihre bezahlte Tätigkeit aufgibt/aufgab, um ihre Kinder für einige Zeit selbst zu betreuen, unverständlich ... Denn diese Frauen verschaffen durch ihren Verzicht anderen Frauen einen erstrebten Arbeitsplatz."
Der politische Gegner steht dort, wo die Frau als Sonderfall des Menschseins begriffen wird, wo ihr mit Berufung auf Biologie oder Religion Menschenrechte verwehrt werden (siehe hierzu „Weiblichkeitsmythen" von Christine Wittrock). Dies trifft besonders auf die Offensive von rechts zu, die sich irreführend „Lebensschutz" bezeichnet. Dies trifft allgemein dort zu, wo mit der Unterdrückung der Frau immer auch der Angriff gegen demokratische Herrschaftsformen und mit der Konkurrenz nationaler Geburtenraten der expansionsistische Nationalismus (wozu auch der Euro-Nationalismus zählt), einhergeht.

Wozu eine feministische Antifa?

Warum sollten politisch interessierte Frauen nicht gleich in antifaschistischen Initiativen oder Organisationen tätig werden? Hierbei gibt es auf zwei Ebenen Probleme: Es läßt sich kaum eine begrifflich klar umgrenzbare „faschistische Frauenideologie" antifaschistisch bekämpfen. Die Schnittbereiche zwischen Konservatismus und Faschismus sind auf ideologischer Ebene bezüglich der Frauenpolitik nicht auszumachen, da in beiden Bereichen die Frauenfragen eher eine die Ideologie und das gesellschaftliche Herrschaftssystem stützende, nicht aber eine zentrale Funktion haben. Hierzu zwei Beispiele:



Susan Amir-Sawadkuhi

Unter dem Titel „Kann das deutsche Volk überleben?" heißt es:

„... Jährlich sterben annähernd 200 000 mehr Deutsche als geboren werden. Über 250 000 Kinder werden hierzulande Jahr für Jahr ‚aus sozialen Gründen' abgetrieben. Diese Geburten fehlen zur Erhaltung des deutschen Volkes und zur Sicherung der Renten ... Wie soll jemals die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes vollzogen werden, wenn hierzulande die Deutschen aussterben und durch Ausländer ‚ersetzt' werden?"

An anderem Ort heißt es unter dem Titel „Sterben die Deutschen langsam aus?":

„Nun ist es zunächst einmal festzuhalten, daß die Zahl 38 Millionen einfach irrelevant ist – bis zum Jahre 2030 sind wir höchstwahrscheinlich wiedervereinigt ... Zwar wird uns seit Jahrzehnten eingetrichtert, der SED-Staat sei ‚stabil', das Sowjet-Imperium überhaupt sei ein ewiggültiger Monolith ... Mittlerweile aber sollte die Brüchigkeit des Sowjetsystems auch den verbohrtesten Bewunderern klar geworden sein ... Wer heute über das nächste Jahr hinausdenkt, muß die Situation eines zukünftigen Gesamtdeutschland in Betracht ziehen ... Die Bundesministerin (Anm. fantifa: gemeint ist die damals amtierende Ministerin Süssmuth) müßte den Mut finden, statt ihrer bisherigen Loblieder auf die verdienende und sich dadurch angeblich erst emanzipierende Frau wieder das Lob der Frau singen, die sich ihren Kindern widmet ... daß das einzige Glück in der Familie, in der Freude an den eigenen Kindern liegt."

Das **erste** Zitat stammt aus dem „Deutschen Anzeiger" der faschistischen DVU-Liste D. Das **zweite** Zitat ist einer Zeitschrift entnommen, die in einem Werbepaket der DEUTSCHEN BUNDESPOST lag, adressiert an ein Siegburger Gymnasium. Beides Veröffentlichungen vom Dezember 1988.

Insofern läßt sich, geht es um die Emanzipation der Frau von biologistischen und völkisch-rassistischen Vereinnahmungsversuchen, eine Begrenzung auf das neofaschistische Feld schwer begründen.

„Frauenemanzipation" ist andererseits nicht das zentrale Arbeitsfeld antifaschistischer Organisationen. Von daher existieren hier Frauenfragen meist nur im Randbereich (wenn überhaupt).

Da antifaschistische Arbeit überwiegend Bündnisarbeit ist, wirken die männerdominierenden Hierarchien politischer Parteien, Gewerkschaften und Kirchen direkt in den antifa-Gruppen fort. Von daher kann nicht selbstverständlich angenommen werden, daß Frauen, die antifa-Arbeit machen wollen, dies ohne weiteres in Organisationen tun, in denen sie bereit sein müßten, gleichzeitig und stets an zwei „Fronten" zu kämpfen.

Beides macht die Existenz einer feministischen antifa-Gruppe schlüssig, die sozusagen quer zu den bestehenden Frauenbewegungs- und antifa-Gruppen zu verorten wäre. Sie kann im Bündnis mit anderen antifa-Gruppen und -Organisationen arbeiten und zugleich durch ihr Gewicht als Gruppe die Position von Frauen darin stärken. Sie kann andererseits selbst Motor für wichtige Aktionen gegen rechte frauenfeindliche Organisationen sein, die bisher in der antifa-Arbeit zu wenig berücksichtigt wurden, z. B. die „Christliche Liga" oder das „Zentrum". Und sie kann schließlich in der fantifa die Arbeit zentral auf Möglichkeiten und Wege der Frauenemanzipation richten ...

Die fantifa Bonn beschreibt mit diesem Beitrag nicht ihr Konzept, sondern lediglich die Gründe, die zu ihrem Entstehen führten ...

fantifa – feministische antifa Bonn
Kontaktadresse:
Ursel Döhmann
A. d. Papagei 69
5200 Siegburg

Die Abbildungen auf den Seiten 12 und 14 entnahmen wir der Auswertungsbroschüre der oben erwähnten Aktionskonferenz. Zu erhalten ist die Broschüre gegen 12,– DM bei der Herausgeberin: Bremer und Bremerinnen gegen Neofaschismus und Rassismus, Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 2800 Bremen 26.

Diskussionen zur "Radikalen Linken"

1. Stellungnahme aus Westberlin

" Wenn wir die letzten zwanzig Jahre Linke diskutieren,
dann finde ich das verheerend " (Th. Ebermann)

Auf dem dritten Bundestreffen des Kreises "Radikale Linke" hat sich ein im Kern <u>grundlegender</u> Unterschied in Ziel und Weg herausgebildet:

1) Wir lehnen die Zielsetzung der Hamburger ÖkosozialistInnen, Frankfurter RadikalökologInnen, feministischen Grünen, sonstigen Ex-Grünen und VSP ab, einen Legitimationsverein "Radikale Linke" zu gründen, um gegen einen neuen Hauptfeind namens "'Rot'-Grün" zu mobilisieren.
   Unser Verständnis war und ist, die Vereinzelung, Zersplitterung und Abgrenzung der unterschiedlichen Strömungen der radikalen Linken in einem Entwicklungsprozeß aufzuheben.
   Es geht uns um einen Reflektionsprozeß über die letzten Jahre linker Politik sowie den Austausch von gegenwärtigen Inhalten und gegenwärtigen Prozessen für eine tendenziell vereinheitlichte Strategie, die uns als radikale Linke erneut eine revolutionäre Perspektive in dieser Gesellschaft eröffnet.

2) Demzufolge sind gerade die Methoden, die Wege unterschiedlich: So haben die heimatlosen Grünen und einsamen Chefideologen zunächst eine Debatte unter sich geführt, um sie dann nach unten an das "Fußvolk" zu vermitteln. Vordergründiges Ziel ist ein legitimatorisches Abfeiern auf einem dafür aus dem Boden gestampften Kongreß.

   Wir hingegen bestehen auf eine demokratische - möglichst alle radikalen Linken umfassende - Debatte. Wir wollen inhaltliche Vorstellungen und praktische Initiativen entsprechend den objektiven Notwendigkeiten und subjektiven Möglichkeiten klären, um eine gemeinsame revolutionäre Gegenmacht zu entwickeln. Dabei spricht nichts dagegen, diese Ergebnisse dann auf einem Kongreß zu formulieren.

Die Westberliner VertreterInnen in Frankfurt von:

ASTA der FU
Autonome KommunistInnen Westberlin
PROjekt WOchenzeitung
ÖkosozialistInnen

WB, 19/10/'89

2. Protokoll vom ...

Protokoll vom
BUNDESTREFFEN des Kreises "RADIKALE LINKE" am 14./15.OKTOBER 1989
in FRANKFURT/M.

In Frankfurt fand das dritte Treffen des Kreises "RADIKALE LINKE" statt, wo rund 60 Menschen zusammenkamen. Der Kreis war in seiner Zusammensetzung in etwa nach Frauen und Männern quotiert.

SAMSTAG wurde die DEBATTE um den Text ENTWURF EINER POLITISCHEN GRUNDLAGE FÜR DEN KREIS "RADIKALE LINKE" eröffnet.

Von Seiten der LInken LIste Frankfurt/M., des ANTI-ATOMBÜROS München, vom Westberliner PROjekt WOchenzeitung, den Delegierten des AStA der FU und der Gruppe Autonome KommunistInnen Westberlin wurde dieser Entwurf grundlegend kritisiert.

Zusammenfassend lautet die Kritik:

1) Der Text bleibt rein auf der Beschreibungsebene von gesellschaftlichen Verhältnissen, ohne darin das **handelnde SUBJEKT** in seiner Widersprüchlichkeit in dieser Gesellschaft und in seinem Verhältnis zum Staat aufzuzeigen. Das bedeutet, daß der Politisierungs- und Entwicklungsprozeß der Einzelnen aus der Beschreibung herausfällt, ihre konkreten Erfolge und Niederlagen, ihre Erfahrungen - und so vermittelt das Papier ein schematisches Abbild scheinbarer glatter und bruchloser Gesellschaftsprozesse, statt differenzierte und dialektische Entwicklungen. (Dazu hat die Linke Liste Ffm ein Papier vorgelegt, welches erst nach langem hin und her vorgelesen werden konnte; über PROWO zu beziehen. Manfred ZIERAN fand, daß er "doch nicht im Kindergarten" sei und verließ daher während der Verlesung den Raum.)

2) Der Entwurf ist so formuliert worden, daß darin nicht Widersprüche oder Problemstellungen enthalten sind, die auch den unterschiedlichen Ansätzen und Fragestellungen unterschiedlicher radikaler Ansätze gerecht zu werden suchen und daher für uns als **radikale Linke** insgesamt produktiv zu nutzen wären. Stattdessen wird sehr widersprüchlich auf der beschreibenden Ebene "ungefährer" gesellschaftlicher Verhältnisse verblieben. Darin drücken sich unterschiedliche Erwartungshaltungen an solch ein Papier aus.

   Um diese Kritik an dem Papier zu formulieren, wurde der Satz auf der ersten Seite zitiert, wo steht: "Die Grünen, die ein Jahrzehnt lang linke Diskussionen und Hoffnungen okkupieren konnten..."
   Diese Zeilen wurde ausgerechnet von jenen geschrieben, die sich jetzt mangels konkreter Einflußmöglichkeiten innerhalb der GRÜNEN aus diesen enttäuscht zurückziehen.

   Aber diese Herangeweise ist unehrlich und darüber hinaus auch kontraproduktiv, d.h. für die radikale Linke nicht weiterbringend, nicht theoretisch und praktisch zu verarbeiten.
   UNEHRLICH ist diese Haltung sich selbst gegenüber, weil diese Autoren bis vor ein paar Monaten selber als LINKE in den GRÜNEN gewirkt und diese somit auch mitgestaltet haben. Das bedeutet, daß in der Entstehungsgeschichte der GRÜNEN dieser Parteien-Ansatz sehr wohl für einen Teil der Linken eine STRATEGIE Ende der 70er Jahre war.

   Somit wurde diese linke DISKUSSION nicht von den GRÜNEN okkupiert, sondern in ihr drückte sich ein Selbstverständnis einer linken Strömung aus. Indem dieser Sachverhalt abgewehrt wird, werden auch der politische Ansatz und die damit verbundenen Strategien und Taktiken nicht mehr vermittelt. D.h. aus diesen gemachten Erfahrungen ist - so plattgemacht - nicht mehr zu lernen. Es wird sich selber nicht mehr ernst genommen, insofern als daß quasi alles auf den Müll geworfen wird - auch die richtigen und positiven Theorien und praktischen Ansätze.

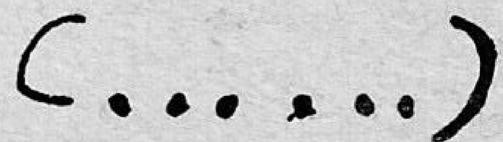
3) Im gesamten Text findet eine zu starke Fixierung auf die Partei GRÜNE statt. Mindestens genauso wichtig ist es, über den Ansatz und die Erfahrungen des **bewaffneten Kampfes** zu schreiben, weil dieser ebenfalls rund 15 Jahre die Diskussionen und Entwicklungen nicht nur der radikalen Linken, sondern auch die der Gesellschaft und des Staates mit beeinflußt und bestimmt hat.

4) Insgesamt ist das Papier **so strukturiert**, daß keine vorwärtsweisenden Fragestellungen herauskommen, an denen die radikale Linke konkret arbeitet und an denen es auch mehr oder weniger heftige Auseinandersetzungen gibt die der Klärung bedürfen.
   Sinnvoll wäre es, die brennenden Fragen und praktischen Notwendigkeiten so zu formulieren, daß entsprechend den Bedingungen vor Ort und in der Region dezentral an diesen Punkten parallel diskutiert und auch praktisch gearbeitet werden kann. Diese können dann bundesweit zusammenzutragen werden und so als wirkliche umfassende **grundlegende PLATTFORM** lebendig entwickelt werden.

5) Letztlich vermittelt der Text nicht, welche Funktion dieses Papier haben soll. Es vermittelt keine politische Orientierung und Handlungsperspektive - außer die der puren Negation.
   Die Formulierung auf der letzten Seite:

   "Diese Funktion: Kraft der Negation zu bleiben, auch wo sie objektiv immer wieder einmal auch die Gestikulationen von Reform bewirkt, muß die radikale Linke annehmen. Sie will die Opposition im Zeitalter der - sei es triumphierenden, sei es hangenden und bangenden, sei es frustrierten - rosa-grünen Besoffenheit werden. Gegen diese und alles, was rechts davon existiert, interveniert die radikale Linke überregional, zunächst publizistisch, hoffentlich bald auch zunehmend organisiert, und lokal in konkreten, praktischen Auseinandersetzungen."

   Aus diesem gesamten Text geht nicht hervor, welche Funktion und Zielsetzung der geplante Kongreß in diesem Projekt einnehmen soll.



3. "Radikale Linke" - Was nun?

"Radikale Linke" - Was nun?

Ein paar protokollarische Anmerkungen zum 3.Treffen am 14.10/15.10 in Frankfurt

Das Grundlagen-Papier

Das von einer zehnköpfigen Redaktionsgruppe überarbeitete Grundlagenpapier von Trampert/Ebermann stieß vor allem im radikalökologisch, ökosozialistisch, traditionskommunistischen Spektrum auf Zustimmung: eine gute Basis weiter zu diskutieren. Scharfe und grundsätzliche Kritik wurde dagegen von den diesmal etwas zahlreicher anwesenden Leuten aus dem autonomen Rhein-Main-Spektrum, anarchistischen Startbahn-GegnerInnen-Kreisen, ProWo-Mitarbeiter und vereinzelten Linksradikalen geübt (teilweise nachzulesen im aktuellen AK). Während die Grundsatzdebatte über das Grundsatzpapier z.T. recht polemisch verlief (mann attestierte sich gegenseitig Grundschulungs-Niveau) kam es später bei der Diskussion über den Teil "Realer Sozialismus am Ende" zu recht spannenden Kontroversen: Gegen die Feststellung der "reale Sozialismus" sei am Ende, die zumindest anklingen läßt, es gehe dem "realen Sozialismus" heute schlechter als vor zwanzig Jahren wurde eingewandt, daß unter Breshnew der Sozialismus viel mehr am Ende gewesen sei. Das "Ende" zu konstatieren, nur weil heute stets vorhandene reaktionäre Elemente, z.B. in der Nationalitäten-Debatte, hervorträten und nicht mehr mit Polizei- und Armeegewalt unterdrtückt würden entspreche einem konservativen Denkmuster. Manche bezweifelten, daß der "reale Sozialismus" überhaupt jemals als Bezugspunkt für die westdeutsche Linke getaugt habe. Konsens herrschte darüber, daß der im Vergleich zur westlichen Fabrikarbeit geringe Leistungsdruck in den sowjetischen Fabriken eine, wenn auch von der sowjetischen Führung ungeliebte Errungenschaft des Sozialismus sei - die Tatsache, daß die aktuelle sowjetische Politik hier versuche durch Übernahme westlicher Managmentmethoden und Kontrolltechniken gerade das zu ändern, effizientere Arbeitsweisen durchzusetzen deswegen strikt abgelehnt werden müsse. Diese Realsozialismus-Debatte, die nach etwa zwei Stunden abgebrochen werden mußte ließ erahnen, was für einen Fortschritt die gemeinsame Diskussion eines solchen Kreises gegenüber den bisher weitgehend isoliert ablaufenden Debatten bedeuten könnte, machte gleichzeitig aber auch deutlich, wie absurd es wäre, die Positionen der "radikalen Linken" wie auch immer "Vereinheitlichen" zu wollen.

Am Ende dieser "inhaltlichen Debatte" stand ein formaler Beschluß: Der "Entwurf für ein Grundlagenpapier" wird nicht abgestimmt und beschlossen sondern wird zusammen mit den bisher eingetroffenen und künftig eintreffenden Kritikpapieren in einem Reader versammelt, der insgesamt Grundlage für den im Mai 1990 stattfindenden Kongreß sein wird.

Der Kongreß

Sonntagvormittag wurde das Vorbereitungspapier der vierköpfigen Kongreßgruppe diskutiert. Dieses Papier sah vor, den Kongreß im Mai 1990 als ein großes Teach-In mit dem Themenschwerpunkt "Generaldebatte" durchzuführen. Um ein Auseinanderfallen und eine Männerzentriertheit der Diskussion zu verhindern soll ein Mischform zwischen Podiumsdiskussion und Plenumsdiskussion gewählt werden, wobei die (mindestens quotiert zusammengesetzten) Podien die Aufgabe haben sollen, die Plenumsdiskussion zusammenzufassen und weiterzuführen, bzw. neue Akzente zu setzen. Die Vorbereitungsstruktur des Kongreßes soll, dem Papier zufolge ebenfalls eine Mischform sein: zum einen sollen sich regionale Gruppen der "radikalen Linken" (ähnlich heterogen zusammengesetzt wie manche Hungerstreik-Plena z.B.) bilden, wo das vor Ort gewünscht wird, zum anderen sollen aber, weil es keinen Alleinvertretungsanspruch ("Wir sind die

ganze radikale Linke") geben kann und soll, auch andere Gruppen eingeladen werden in ihrem Rahmen die Kongreßthemen zu diskutieren und auf einem Vorbereitungstreffen über die genaue Besetzung der Podien und die exakten Schwerpunkte mitzuentscheiden.

Umstritten war bei der Sonntagsdiskussion vor allem der Zeitpunkt des Kongreßes. Insbesondere die aus Westberlin kommenden Vertreter von Prowo und ein paar Ex-AL-Leute sprachen sich für einen sehr viel späteren Zeitpunkt für den Kongreß aus, weil die Basis noch nicht so weit sei. Das westberliner Treffen "radikale Linke" wurde immer wieder als Beispiel angeführt, daß es derzeit noch zu wenig regionale Struktur für so einen bundesweiten Kongreß gebe. Der in Frankfurt versammelte Kreis von Grünen und vereinzelten Konkret-Redakteuren, die glaubten man könne Politik dadurch machen, daß man einmal im Monat einen Kommentar veröffentlichte, sei abgehoben und versuche hier in gewohnter technokratischer Manier etwas gegen die Basis durchzuziehen. Dem wurde entgegengehalten, daß andernorts durchaus entwickeltere Strukturen existierten und die Autonomen für sich nicht in Anspruch nehmen könnten, die einzigen Organisierten zu sein. Im übrigen sei der Kongreß nicht als Abschluß einer Entwicklung gedacht, er solle im Gegenteil ein Signal für einen Anfang setzen. Dieses Signal allerdings solle möglichst bald ausgesendet werden, weil sonst die Gefahr bestehe, daß eine gute Initiative zerredet werde und mensch nur dauerhaft darüber diskutiere, wann die richtige Zeit sei, mit der inhaltlichen Diskussion zu beginnen. Der Beschluß den Kongreß wie geplant im Mai 1990 durchzuführen wurde mit überwältigender Stimmenmehrheit bestätigt.

Das Konzept der Kongreßvorbereitungsgruppe wurde ansonsten im wesentlichen bestätigt. Allerdings sollen für die zwei bis drei Tage, ohne daß der Anspruch auf "Generaldebatte" aufgegeben wird, Themenschwerpunkte gesetzt werden. Deutlich wurde in dieser Diskussion, daß durchaus verschiedene Vorstellungen über die politische Herangehensweise an den Kongreß existieren: während insbesondere die Leute aus der "Entwurf Grundlagenpapier"-Redaktion eher zu einer an den Themen des Entwurfs (Modernisierung Rot-Grün, Neofaschismus, RGW-Staaten, Parlamentarismus-Kritik, Ökologie) sich orientierenden Podiumszusammenstellung tendieren ist die Vorstellung der bisherigen Kongreßvorbereitungsgruppe eher an übergreifenden und auf den praktischen Erfahrungen der westdeutschen Linken orientiert (Zusammenführung der feministischen Reproduktions- mit der linken Produktionsdiskussion, Erfahrungen der Linken mit der Suche nach dem revolutionären Subjekt, Interventionsstrategien). Im Verlauf der Diskussion wurde allerdings eine Annäherung der verschiedenen Linien vorstellbar.

<u>Wie gehts weiter</u>

Die bisherige Kongreßvorbereitungsggruppe wurde erweitert, sie ist jetzt quotiert und strömungsübergreifend zusammengesetzt (wobei der dem autonomen Spektrum zugedachte Platz derzeit nicht besetzt ist). Ihre Aufgabe ist es, einen Aufruf zu formulieren, mit dem die unterschiedlichen radikalen Linken zur Mitarbeit und Vorbereitung des Kongreßes eingeladen werden. Außerdem sollen Themenschwerpunkte konkretisiert, eine Einigung über die Art der Diskussion erreicht und Vorschläge für die Besetzung der Podien erarbeitet werden. Die Kongreßvorbereitungsggruppe kann ein Büro anmieten und eine Halbtagskraft einstellen, um den organisatorischen Kram, der jetzt anfällt in den Griff zu bekommen: Einladungen verschicken, Informationen weiterleiten, Kongreßräume anmieten etc. Das Büro soll ausschließlich organisatorische, keine politischen Kompetenzen haben. Ende Januar wird ein Treffen stattfinden, an dem sich alle Gruppen, die Interesse an der Vorbereitung des Kongreßes haben beteiligen sollen (also auch Gruppen, die nicht Teil dieses Kreises "radikale Linke" sind und werden sollen) - auf diesem Treffen sollen dann die Vorschläge der Kongreßvorbereitungsgruppe diskutiert, verändert und / oder beschlossen werden. (Daß der Kongreß im Mai 1990 stattfindet steht allerdings nicht mehr zur Disposition) Die Einladung, Raum und genaue Zeit dieses Treffens werden noch bekanntgegeben.
Parallel dazu wird die Redaktionsgruppe aus den Texten, die bis zum 31.12.1989 bei Jan Kuhnert, Denkmalsweg 6, 6306 Langgöns-Cleeberg eingehen einen Reader zum Kongreß

zusammenstellen.

Ist dabeisein alles oder nichts?

Die "radikale Linke" ist derzeit keineswegs repräsentativ für die radikale Linke in der BRD. Das zu konstatieren hilft erstmal wenig und reicht schon garnicht für eine schnellentschlossene Distanzierung von dem Kreis aus. Schwerer wiegt sicherlich, daß der Kreis derzeit deutlich ökosozialistisch bzw. radikalökologisch dominiert ist - und das hat Auswirkungen auf Art, Weise und Schwerpunktsetzung der politischen Arbeit dort. Als größtes Defizit erweist sich dabei, daß beim Kreis in seiner augenblicklichen Zusammensetzung die praktischen Erfahrungen der letzten fünf,sechs Jahre sich, wenn überhaupt, zum größten Teil auf parlamentarische Arbeit beziehen. Aus dem Aufruf zur Hungerstreik-Demonstration am 29.4. beispielsweise ist keineswegs eine große Beteiligung radikalökologischer oder ökoszialistischer Kräfte gefolgt. Andererseits ist die Initiative zur Gründung mit einer deutlichen Aufforderung ins linksradikale Spektrum ergangen sich daran zu beteiligen und das jetzt geplante Kongreßkonzept zeigt, daß die Offenheit durchaus ernst gemeint ist. Auch die Zusammenarbeit mit einigen ehemaligen Gefangenen, die nach anfänglichen Bedenken eines Teils des Kreises durchgesetzt wurde, zeigt, was für Möglichkeiten in diesem Rahmen bestehen. Es besteht also eine Chance zu gemeinsamer Diskussion, die angesichts der real existierenden strategischen Misere der diversen Flügel durchaus wahrgenommen werden sollte. Die Initiative des Kreises, eine Auseinandersetzung mit den Gefangenen, die im Hungerstreik waren zu suchen, belegt diese Offenheit auf einem weiteren Feld. Dafür, daß die "radikale Linke" Vorstufe zu einer Parteigründung ist gibt es bisher zumindest keinerlei Anhaltspunkte - im Gegenteil (daß es einzelne Leute in dem Kreis gibt, die liebend gerne eine Partei hätten ist allerdings genauso unbestritten). Nur daneben zu stehen und die Schwachstellen zu kritisieren bzw. festzustellen, daß auch diese Diskussion die Linke nicht so schnell zur hegemonialen Kraft in diesem Land machen wird mag beruhigend und nervenschonend sein, - hilft aber wenig.

Einer, den es auch Nerven gekostet hat

- ANTIMILITARISTISCHE STADTRUNDFAHRT -

W I R F A H R E N W I E D E R!!!!!!!

Und zwar am 5.11.1989 zum ersten Mal nach dem Sommer-"Loch" um 10.oo Uhr ab Winterfeldplatz. Dauer, wie immer, 4 1/2 Stunden. Aus aktuellem Anlaß wird die Route leicht verändert, dazu mehr auf der Fahrt.

Zum 2. Mal am 3.12.1989, 11.oo Uhr ab Winterfeldplatz, Dauer 4 1/2 Stunden.

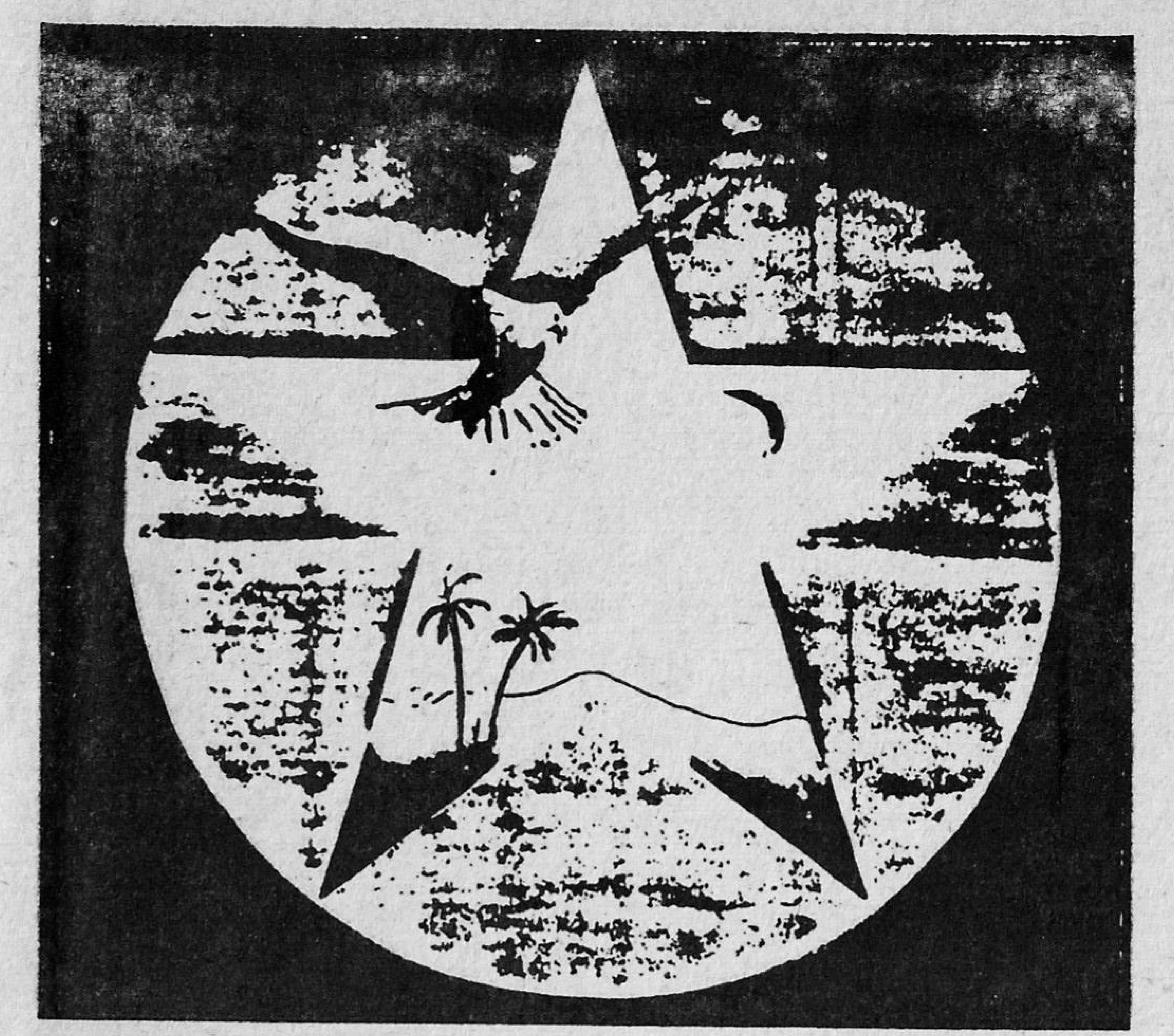
Wir fahren diesmal aus Anlaß der Ermordung von Georg von Rauch am 4.12.1971 in der Eisenacherstr. in Schöneberg.

Zur Geschichte, die wir als einen wichtigen Teil u n s e r e r Geschichte begreifen, mehr auf der Fahrt.

Wir werden auch am 3.12.1989 die Route leicht abändern, Dauer bleibt gleich.

KARTENVORBESTELLUNG IM BUCHLADEN "SCHWARZE RISSE", MEHRINGHOF, TEL: 692 87 79

16.10.1989
Hungerstreik in Mannheim



Seit dem 10. Oktober 1989 befindet sich der in der JVA Mannheim einsitzende Gefangene Roland Schwarzenberger erneut im Hungerstreik. Mit dem Hungerstreik kämpft Roland für die "sofortige Verlegung in eine andere Anstalt (Heimatnähe) - außer Freiburg" und die "Überweisung in eine Klinik oder ein Vollzugskrankenhaus". Zusätzlich fordert er die Rückerstattung von 1800 DM, die ihm von der Freiburger Anstaltsleitung für eine nie erfolgte "Zahnbehandlung" einbehalten wurden. Er versteht seinen Hungerstreik auch als "Protest gegen die ärztliche Behandlung hier (in Mannheim) und allgemein gegen den Strafvollzug, hier wie in Freiburg, der darauf abzielt, die Menschen mit staatlichem Psychoterror hinzurichten." Zur Durchsetzung dieser Forderungen verweigerte Roland bereits vom 28. September bis zum 3. Oktober die Nahrungsaufnahme. Zusätzlich trat er am 5. September in einen begrenzten Durststreik, in dem er die tägliche Flüßigkeitsaufnahme auf ein Glas Kamillentee beschränkte, "um einigermaßen Kontrolle zu halten."

Roland wurde 1987 zu 2 Jahren und 4 Monaten Knast verurteilt und landete in der JVA Freiburg. Im Knast wurden auf dieses Urteil nochmal 7 Monate draufgesattelt. Während seiner Knastzeit nahm er zweimal Urlaub, ohne diesen jedoch vorher mit der Anstaltsleitung abzusprechen.

Unmittelbar vor seiner zweiten Flucht aus Freiburg, war er "aus Solidarität mit den politischen Gefangenen" für 32 Tage im Hungerstreik. Im Verlauf dieses Hungerstreiks wurde ihm die Verlegung in die Abteilung 'Psyche I' auf dem Hohenasperg angedroht. Auch wurde ihm mit der zwangsweisen Verabreichung von Neuroleptika gedroht, falls er seinen Widerstand nicht aufgebe. Insbesondere drohten ihm die 'Ärzte' mit der Verabreichung der sogenannten 'Betonspritze', ein Medikament, das für seine Langzeitwirkungen bekannt und berüchtigt ist.

Wegen der katastrophalen medizinischen Versorgung in Freiburg stellte Roland einen Strafantrag gegen den zuständigen Anstaltsarzt. Während der Arzt nicht mehr für den Knast tätig ist, sitzt Roland immer noch - inzwischen zwangsweise nach Mannheim verlegt.

Dort unterscheiden sich die Zustände auch nicht wesentlich von denen in Freiburg, zumindest nicht zum Besseren. "Die sanitären Anlagen sind gesundheitsgefährdend, die Zellenräume klein und eng, dreckig und stinkend, das gesamte Anstaltsgelände strotzt vor Dreck, die ärztliche Behandlung unter aller Sau, es geht soweit, daß TBC-Kranke mit den Worten abgespeist werden: 'Das ist doch normal ...'" Doch "ein Gesellschaftssystem, das zugelassen hat, daß Millionen vergast, erschlagen und ermordet wurden, so ein System interessiert sich auch nicht, ob 60.000 Strafgefangene behandelt werden wie Tiere und Idioten."

Am 16.9., in der ersten Phase seines Hungerstreiks, beschrieb Roland seinen körperlichen Zustand so: "Wenn ich auch wollte, ich kann nicht mehr essen wie vorher. Der Körper lehnt jede Nahrung ab. Die Leber, der Magen und die Nieren erfüllen ihre Funktion nicht mehr wie sie sollten."

Von den Mannheimer Medizynikern wird der Hungerstreik mit Kommentaren wie "es tut eine Diät gut" oder "es ist normal, daß die Leber entzündet oder der Magen kaputt ist" begleitet. Wegen der Gefahr massiver Gesundheitsschäden infolge einer etwaigen 'Behandlung' durch diesen 'Arzt' entschloß sich Roland die sogenannte "anstaltseigene medizinische Versorgung", "eher eine 'ätzende Verarschung'", abzulehnen.

Am 26.9. schrieb Roland: "Der Flüssigkeitsmangel macht sich seit einer Woche bemerkbar - für den Ärzteapparat hier, im Sold der Justiz, 'normal' ... 'normal' nennen es die Burschen, wenn im gesamten Unterleib die Schmerzen toben und etwa 18 Kilo fehlen."

Ende September wurde auf Rolands Gemeinschaftszelle ein offensichtlich an Gelbsucht erkrankter Gefangener verlegt. Der Gefangene ist in einem schlimmen Gesundheitszustand. Unter anderem spuckt er Blut! Deswegen stellte Roland Strafantrag wegen Körperverletzung und Verstoß gegen das Bundesseuchengesetz. Dieser Strafantrag wurde mit einer überfallartigen (Acht Mann in Kampfanzug) Zwangsvorführung des Gefangenen zur **mehrminütigen** (kein Druckfehler) 'Untersuchung' beim Anstaltsarzt beantwortet. Am gesundheitlichen Zustand des Gefangenen besserte diese 'Behandlung' natürlich überhaupt nichts.

Nach der nur kurzen Unterbrechung des Hungerstreiks ist zu befürchten, daß Rolands Gesundheitszustand sich schnell bedrohlich verschlechtert. Deshalb bedarf es *jetzt* eines starken öffentlichen Drucks auf die Mannheimer Anstaltsleitung und das baden-württembergische Justizministerium, um Roland bei der Durchsetzung seines Ziels: "Gesund bin ich rein - gesund will ich raus" zu unterstützen. Aktuell geht es darum, eine eventuell bevorstehende Zwangspsychiatrisierung Rolands - seine Überstellung auf den Hohenasperg - zu verhindern, die ihm schon während seines Freiburger Hungerstreiks angedroht worden war. Es liegt an uns, Rolands isolierte Situation aufzubrechen, die für ihn letztendlich nur noch den Hungerstreik als Ausweg offenhält.

"Ich habe von Geburt an die Staatsgewalt erlebt und deswegen riskiere ich auch unbeschwerter meinen Körper - und für mich ist Kampf die Frage: Entweder die Psyche oder den Körper! Und die Rechnung ist einfach: Bevor diese Justiz-Staatsstrategen beides nehmen setze ich den Körper ein, bewahre aber den Geist vor der Zerstörung, was meiner Meinung nach ja das Ziel ist, das Vollzugsziel: Die systematische Zerstörung von Leib und Geist."

Kontakte:
Roland Schwarzenberger, Herzogenriedstr.111, 6800 Mannheim

„gefangenschaft ist krieg - 10 jahre unter waffen (...), 10 jahre in permanentem alarmzustand, kannst du dir vorstellen, wie diese das ganze jahr über tobenden frühlingsstürme das nervenkostüm zerfleddern? - und die verheißung der entlassung ist in diesem krieg eine der verheerendsten waffen" (Brief von 1987).



Thomas Gratt bei der Gerichtsverhandlung 1977

GEFANGENSCHAFT IST KRIEG

Von Christine Kanzler

Im November 1977 festgenommen und später als Hauptbeteiligter an der Entführung des Textilmillionärs Palmers zu fünfzehn Jahren verurteilt, befindet sich Thomas Gratt nach wie vor in Haft. Mit seinen Anträgen auf Entlassung nach zwei Dritteln der Strafhaft stieß er bislang bei der Justiz auf taube Ohren. Im Mai sollte eine Entscheidung fallen.

November 1977 bis April 1989, das sind elf Jahre und vier Monate - keine runde Anzahl an Jahren, die der Erinnerung an stattgefundene Ereignisse förderlich wäre. Erinnern wir uns: Am 9. November 1977 wurde der Industrielle Palmers vor seiner Villa in Währing entführt. Nach Zahlung eines Lösegeldes von 32 Mio. öS konnte er sich bei seiner Frau für die 100stündige Verspätung zum Abendessen entschuldigen.

Zwei Wochen später werden an der schweizerisch-italienischen Grenze die beiden österreichischen Staatsbürger Othmar Keplinger und Thomas Gratt verhaftet; man findet bei ihnen über zwei Mio. Schilling, die aus dem Palmers-Lösegeld stammen.

Die beiden sind bei der Wiener Polizei als Aktivisten der „Arbeitsgruppe Politische Gefangene - Politische Prozesse" (APG), die als Vorbereitungsgruppe zum Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in der BRD Öffentlichkeitsarbeit zur Situation der Gefangenen aus der RAF und der „Bewegung 2. Juni" leistete, bekannt.

Die Polizei holt zum Schlag gegen die Wiener linke Szene aus: Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Verhöre bringen als Ausbeute weit über die eigentlichen Ermittlungen zum Fall Palmers hinaus erkennungsdienstliche Daten, Offenlegung politischer und persönlicher Strukturen, Einschüchterung und Entpolitisierung vieler Aktivisten. Vor allem jedoch die Vorantreibung der Polarisierung innerhalb der Linken, deren Großteil sich in hysterischen Distanzierungsbekundungen gegenüber der Guerilla, die in Österreich ja doch nur auf Besuch war, ergeht.

Der Medienverbund sekundiert diesen Feldzug mit Aufrufen zu Bespitzelung und Denunziation, propagiert Folter zur Behandlung politischer Oppositioneller, wie er Brutstätten des Terrors bis weit ins sozialdemokratische Lager hinein ortet.

In diesem Klima - „Deutscher Herbst" im Kleinformat - braucht die Stapo sich manche Information nicht selbst zu holen.

Schließlich landet die Polizei einen Erfolg im Fall Palmers selbst: auf dem Sicherheitsbüro wird aus Reinhard Pitsch - MOZ-LeserInnen als ebenso selbsternannter wie unberufener moralischer Scharfrichter über Peter Boock bekannt, damals ebenfalls dem APG-Kreis zugehörig - das Geständnis, die Entführung Palmers' sei von einem Kommando der „Bewegung 2. Juni" durchgeführt worden, herausgeprügelt. Konfrontiert mit dieser Aussage, die auch Namen und logistische Details enthält, legen auch Othmar Keplinger und Thomas Gratt, bisher schweigsam, nach ihrer Überstellung nach Österreich Geständnisse ab, in denen sie sich selbst und an der Aktion beteiligte Mitglieder des „2. Juni" schwer belasten.

Im Prozeß vom Februar 1979 erhält Thomas Gratt als Haupttäter 15 Jahre; Othmar Keplinger und Reinhard Pitsch fassen wegen Beteiligung 6 1/2 bzw. 5 Jahre aus, die in der Revisionsverhandlung auf 5 1/2 bzw. 4 Jahre herabgesetzt werden.

Ihre Haftbedingungen entsprechen dem Sonderstatus als politische Gefangene: wochenlange Einzelhaft, Beschränkung des Besucherkreises, Zensur von Post und Lesematerial. Beim Besuch herrscht Belagerungszustand. Die Gefangenen werden gesondert vorgeführt, zwei Beamte der Staatspolizei, flankiert von einem Schwarm Justizwachebeamter, protokollieren mit bzw. lesen jedes Wort von den Lippen ab. Eine Aufgabe, die die Staatsschützer bisweilen ernsthaft überfordert: So löst z.B. die Erwähnung der Frankfurter Schule eine Recherche nach deren Adresse aus.

Durch mehrere Hungerstreiks, die zum Teil an die Aktionen der Gefangenen aus der westeuropäischen Guerilla anknüpfen, gelingt es, eine Reihe von Verbesserungen der Haftbedingungen zu erkämpfen. Zentrale Forderung Gratts und Keplingers ist die Anerkennung als Kriegsgefangene gemäß der Genfer Konvention. Nicht zuletzt bedeuten diese Hungerstreiks für sie auch die Rück- und Neueroberung ihrer durch die Geständnisse schwer in Frage gestellten politischen Identität. In einer öffentlichen Selbstkritik versuchen sie, ihr persönliches Scheitern zu analysieren.

Entführung von Kommerzialräten als Massendelikt?

Im Frühjahr 1987 nun stellte Thomas Gratt, als einziger der in Österreich im Zusammenhang mit der Affäre Palmers Verurteilten noch in Haft, beim zuständigen Kreisgericht (KG) Krems Antrag auf bedingte Entlassung nach zwei Dritteln der Haftzeit. Das KG entschied abschlägig. Einmal auf Grund „spezialpräventiver" Erwägungen: Da Thomas Gratt sich geweigert hatte, sich einer gerichtspsychiatrischen Untersuchung zu unterziehen und sein Antrag keine Angaben über künftigen Wohnort und Berufsperspektive enthielt (lt. Gesetz für die Beurteilung eines solchen Antrags nicht Voraussetzung), könne eine günstige Verhaltensprognose nicht erstellt werden. Darüber hinaus machte das Gericht auch „generalpräventive" Argumente geltend: eine bedingte Entlassung würde bei einem derart schweren Verbrechen dazu führen, „daß die Abschreckungsfunktion der Strafe für potentielle Täter nicht aufrecht erhalten werden könnte, diese vielmehr zur Begehung derartiger Taten ermuntert würden, sodaß es zu einer Ausweitung derartiger Delikte käme". Entführung von Kommerzialräten als Massendelikt? Die Seriosität einer solchen Prognose bedarf keiner Erörterung. Nach Thomas Gratts politisch argumentierter Beschwerde gegen dieses Urteil verzichteten das Kreisgericht denn auch auf Verschleierungen: „Aus seiner umfangreichen polemischen, jedoch sachlich inhaltslosen Stellungnahme kommt zum Ausdruck, daß er seine Tat weiterhin als Ausdruck einer revolutionären Haltung gegen Staat und gesellschaftliche Verhältnisse versteht und deren Unrechtsgehalt nicht zu begreifen bemüht und bereit ist."

Der Kleinkrieg mit den Gerichten - das Oberlandesgericht Wien hatte sich der Argumentation des KG Krems angeschlossen - zieht sich bis Ende November 1987 hin. Thomas Gratt in seiner letzten Beschwerdeerhebung: „nun wird unverblümt anmaßende gesinnungsschnüffelei zum richtmaß für ein urteil erhoben. (...) oder meint das gericht tatsächlich allen ernstes, wir wären nach 10 jahren des uns durch zwang auferlegten umgangs mit rechtssubjekten nicht auch dazu in der lage gewesen, als ausdruck denkbarer korrumpierbarkeit durch das vorbild des lügens und betrügens zum zweck des erreichens persönlicher vorteile die biographie eines reuigen heuchlers zu erfinden (...)?"

Schlägt der Deliquent die versöhnliche Klaue aus, die ihm der moderne Strafvollzug entgegenstreckt, um ihn in den kapitalistischen Verwertungszusammenhang heimzuholen, tritt das alte Regime des Bestrafens mit aller Härte wieder in Kraft. In der Tat hat es Thomas Gratt an Einsicht fehlen lassen: Nie hat er sich von seinem damaligen politischen Handeln distanziert. Selbst wenn hierzulande die öffentliche Vorführung 'reuiger Terroristen', anders als in der BRD oder in Italien, keinerlei gesellschaftliche Bedeutung hat, fällt es schwer zu glauben, mit diesem Gesinnungsurteil solle kein Exempel statuiert werden. Den Rahmen einer Auseinandersetzung mit der Konzeption des bewaffneten Kampfs steckt er folgendermaßen ab: „Die politische Kritik an der Praxis der Guerilla ist auf jeden Fall notwendig, vor allem natürlich Selbstkritik. Das müssen aber jene Leute diskutieren, die davon real betroffen sind." Seine Kritik an der herrschenden Gesellschaftsordnung habe sich „bestätigt, verschärft und vertieft: Momentan ist nichts notwendiger als eine fundamentale Revolutionierung politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge."

Das öffentliche Interesse an Österreichs am längsten inhaftiertem politischen Gefangenen, der weder pflegeleichte Identifikationsfigur innerhalb bestehender politischer Zusammenhänge und noch weniger Vorzeigeobjekt geglückter 'Resozialisierung' ist, ist gering. Aus seiner momentanen Situation, die sich gerade durch kalkulierte Ereignislosigkeit kennzeichnet, gibt es wenig zu berichten. Von Beginn seiner Strafhaft an verweigert Thomas Gratt die vorgesehene Arbeit zu sklavereiähnlichen Bedingungen. Die Leitung einer anstaltseigenen Theatergruppe stellt wohl den Versuch dar, die mittlerweile zum Monströsen summierte Wiederkehr des Immergleichen ein wenig zu durchbrechen. ■

Christine Kanzler ist Dissertantin der Theaterwissenschaften und lebt in Wien.

Wenn wir es einfach zulassen...

Wie die Kiefernstraße zum „Terrornest" erklärt wurde

*STAMM*HEIM — *Stamm* und Markenzeichen für Aufstandsbekämpfung besonderer Art, exekutiert an denen, die die größten Schritte gemacht haben gegen die herrschenden Machtverhältnisse.

*WEITER*STADT — die *Weiter*führung, Aufstandsbekämpfung gegen jedeN, die/der sich nicht aufgibt, zwecks Erstickung jeden Keims von Widerstand, Zukunftsmusik ... (wenn wir es zulassen)

Da wird ein Knast gebaut, der 700 Plätze umfaßt von der Qualität des 7. Stocks in Stammheim. Teil eines bundesweiten Knastbauprogramms, was z.Zt gar nicht ganz überblickt wird. Kapazitäten wofür? Um in einigen Jahren alles, was sich nicht fügt, internieren zu können? In den letzten 2 — 3 Jahren scheinen wir einen Vorgeschmack davon zu bekommen: Systematisches Abräumen von Menschen aus jeder Facette des Widerstands, der sich *radikal* gegen die herrschenden Verhältnisse oder ein Teilinteresse der Herrschenden richtet. Ganz materiell: Menschen werden stellvertretend für Jahre und Jahrzehnte interniert, verurteilt nach § 129a. Auf der juristischen Ebene wird aktuell das Fundament für solch brachiales Vorgehen geschaffen und in Gerichtsverfahren auf jede 'Bewegung' zugeschnitten.

Die Kiefernstraße in Düsseldorf steht seit drei Jahren im Brennpunkt des Staatsschutzinteresses. 6 BewohnerInnen sind inzwischen in den Isolationsbunkern eingesperrt: Luitgard und Chris seit August 1986, Rico und Andrea seit Dezember 1987, Thomas und Rolf seit September und Oktober 1988. Und ein Ende der Angriffe auf die Kiefernstraße und die Menschen dort ist von Seiten des Staatsschutzes aus nicht vorgesehen.

Über diese Facette — also den Teil, der die „Kiefern" betrifft — wollen wir hier etwas berichten.

Würde man allen Meldungen über die Bewohner der Düsseldorfer Kiefernstraße glauben, so der Moderator der Tagesthemen am 13.10.1988, dann sei die Hafenstraße in Hamburg im Vergleich zur Kiefernstraße ja ein wahres Heidschnuckenidyll. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft erklärte die Bezeichnung „Terroristennest" als berechtigt, die Presse berichtet vom „Zentrum der Terroristen in der BRD" (NRZ 7.10.88).

Woher kommen diese Vorwürfe gegen Menschen, die in einer Straße leben, in der es besetzte Häuser gab, in der alternative Lebensformen gelebt werden, wo es Menschen gibt, die bewußt anders miteinander umgehen wollen als ansonsten in dieser Gesellschaft, einer Gesellschaft, deren staatliche Ordnung viele nichtnur ablehnen, sondern auch bekämpfen?

Die große Kampagne begann, als am 2. August 1986 in einem Eiscaf$ in Rüsselheim Christian Kluth und Luitgard Hornstein aus Düsseldorf mit Eva Haule aus der RAF festgenommen wurden. Der Umstand der Festnahme allein reichte den Medien schon aus, um Mutmaßungen des Staatsschutzes, bei allen dreien handele es sich um Mitglieder der RAF, als Tatsache zu verkaufen, obwohl es noch drei Tage nach der Festnahme der beiden aus Düsseldorf hieß, man wisse nicht mehr über sie, als daß sie „zur Demonstrationsszene" gehörten.

Nachdem Chris und Luiti, die beide auf der Kiefernstraße gewohnt hatten, als „Terroristen" hochstilisiert wurden, war die ganze Straße, auf der die unterschiedlichsten Menschen leben, ein knappes Vierteljahr später mit einem bürgerkriegsähnlichen Polizeiüberfall konfrontiert. Am 29.10.86 wurde morgens die Kiefernstraße von einem Aufgebot von 800 Bullen — darunter SEK, GSG 9, 200 BKA- und LKA-Bullen, 15 Staatsanwälte der BAW — besetzt. Alle Hauseingänge wurden bewacht, zehn Häuser mit Rammen gestürmt, Menschen aus den Betten geholt, zum Teil mit der Knarre am Kopf, auf den Boden geworfen ... Den ganzen Tag dauerte die Durchsuchung der Häuser an, sie beschlagnahmten Berge von Papieren, nahmen fünf Leute vorübergehend fest. In der Zeit wurde die Straße abgesperrt, BewohnerInnen konnten — wenn überhaupt — nur mit Personalkontrolle passieren. Dies alles geschah mit der Begründung, RAF-UnterstützerInnen, die bei dem Angriff auf den Geheimdiplomaten Gerold von Braunmühl geholfen haben sollen, zu

*Für die Unterstützung der 5 Gefangenen aus Düsseldorf brauchen wir viel Geld! Die hoffentlich zahlreichen Spenden können auf das **Rechtshilfekonto** — Kontonr. 960 007 4706, Wüstenrotbank AG, Düsseldorf, BLZ 604 200 00, **Stichwort: DIE FÜNF**— überwiesen werden.

suchen. Diese Razzia reihte sich ein in Räumungen und Razzien in Hamburg, Köln und Stuttgart. In den gleichen Zeitraum fiel auch das Verbot der Veranstaltung „Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD" in München mit Massenfestnahmen der BesucherInnen, welches 1988 den juristischen Abschluß fand. Nach der Razzia auf der Kiefernstraße wurde die gesamte Düsseldorfer Innenstadt über Tage und Wochen von einem riesigen Polizeiaufgebot besetzt, welches die Stadt seit Jahrzehnten, vielleicht sogar seit 1945, nicht mehr gesehen hat.

Der Umstand, so mit für heutige BRD-Verhältnisse massivsten Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen angegriffen zu werden, hatte auf die KiefernstraßenbewohnerInnen zwei Auswirkungen: Zum einen wurden diese Angriffe lange Zeit nicht ernst genommen — wie konnten sie auch, denn es gab aus dem eigenen Begreifen des Kampfes keine Entsprechung für den Einsatz von Antiguerillamethoden. Zum andern hatte genau diese Dimension eine lang andauernde Lähmung zur Folge, Betroffenheit und Erschrecken darüber, was sozusagen über Nacht Wirklichkeit geworden war.

Am 1. September 1987 wurde in Stammheim der Prozeß gegen Eva Haule, Luitgard Hornstein und Christian Kluth eröffnet. Damit saßen zum ersten Mal eine Genossin aus der RAF und GenossInnen aus dem Widerstand zusammen, mit **derselben** Anklage (nämlich „Mitgliedschaft in der RAF"), auf der Anklagebank. Zu diesem Zweck war ein Haftbefehl gegen Eva aus dem Jahre 1984 (wegen des Angriffs der RAF auf die NATO-Schule in Oberammergau) nicht mit angeklagt worden. Die „Mitgliedschaft" von Luiti und Chris wurde daraus abgeleitet, daß sie sich mit Eva getroffen hatten.

Bereits im September deutete es sich dann an, daß in diesem Verfahren der Zugriff auf noch mehr Menschen aus dem Widerstand vorbereitet werden sollte: Sechs „Bekannte" von Luiti und Chris, die meisten davon aus der Kiefernstraße, wurden für den Oktober als „ZeugInnen" vorgeladen, u.a. auch Eric (Rico) Prauss und Andrea Sievering, die heute schon seit über 1 1/2 Jahren in Isolationshaft sitzen. Die Aussageverweigerung der sechs „ZeugInnen" im Prozeß wurde vom Gericht nach § 55a („Selbstbelastung") gewertet.

Im November gab es dann die große Umgestaltung im Verfahren: Eva wurde des mehrfachen Mordversuchs (Oberammergau) und des Raubüberfalls auf ein Waffengeschäft angeklagt. Luiti und Chris sollten nun **zusammen mit Rico, Andrea und anderen (!)** eine eigene terroristische Vereinigung gegründet haben, diese Vereinigung sollte Mitglied der RAF sein und im Juli 1986 den Sprengstoffanschlag auf die Rüstungsfirma Dornier am Bodensee verübt haben. Von da an wurde im Prozeß gegen Eva, Luiti und Chris ständig gegen Andrea und Rico mitverhandelt. Klar: Schließlich stützte sich die spätere Verurteilung von Chris für den Dornier-Angriff wesentlich auf seine Bekanntschaft mit den beiden, während andrerseits Andrea und Rico über ihre Freundschaft zu Chris und Luiti in das Verfahren hineingezogen worden waren ...

Im Windschatten der bundesweiten Razzien gegen Frauenzusammenhänge wurden dann an dem berüchtigten 18. Dezember 1987 Rico und Andrea von der Straße weg (er auf dem Weg zur Arbeit, sie in der Mittagspause) brutal verhaftet.

Die Urteile im Stammheimer Verfahren wurden am 28. Juni 1988 verkündet: 15 Jahre für Eva, 10 Jahre für Chris, 4 Jahre für Luiti. Die Bundesanwaltschaft (BAW) hatte lebenslänglich für Eva und je 12 Jahre für die beiden anderen gefordert.

Leider kann hier aus Platzgründen auf wesentliche Aspekte der Verurteilung garnicht eingegangen werden, — z.B. auf den Schriftgutachterstreit („Ockelmann — ein Gutachter für alle Fälle"),— z.B. auf die Beweislage, deren Unzulänglichkeit wie in anderen 129a-Verfahren die scharfen Gesinnungsurteile nicht verhinderte,— z.B. auf die Begründung, mit der hier „mitgliedschaftliche Betätigung aus der Haft heraus" nicht verurteilt und die Postzensur legitimiert wurde,— z.B. darauf, welche Bedeutung das Konstrukt „Gesamt-RAF" der deutschen Justiz für das Verfahren hatte, und wie umgekehrt der Prozeß dazu diente, dieses Konstrukt als juristisches Werkzeug gegen Menschen aus dem Widerstand weiter zu etablieren und handhabbarer zu machen.

Da Luiti aus verfahrenstechnichen Gründen keine Anschlagsbeteiligung (Dornier) angehängt werden konnte, will die BAW das jetzt nachholen: Die Entscheidung über ihren Revisionsantrag, d.h. darüber, ob Luiti ein neuer Prozeß gemacht wird, fällt in wenigen Wochen.

Ein Angriff ganz anderer Art wurde ab dem 11.4.1988 mit einem Artikel der „WELT" gegen die Kiefernstraße gestartet. War es bis dahin einzelnen noch möglich, eine Auseinandersetzung über die Verhaftungen und Verfahren zu umgehen, mit Argumentationen wie: „Soviel hatte ich mit den Verhafteten ja garnicht zu tun" oder: „Ich bin politisch an einem ganz anderen Punkt, und auf den zielt der Angriff nicht", so wurde jetzt mit einer bis dahin unvorstellbaren Pressekampagne eine gesamte Straße kriminalisiert. Mit Behauptungen wie „Terrornest" und „Hauptquartier der RAF" war plötzlich jedeR gemeint und direkt angegriffen. Es reichte schon aus, im Personalausweis 'Kiefernstraße'stehen zu haben, und plötzlich wurde die Staatsmacht nervös.

Doch worauf zielte diese Kampagne? Ziel war, über den aufgebauten Distanzierungsdruck (die reale Bedrohung einerseits und laufende Mietvertragsverhandlungen andrerseits im Hintergrund) die Straße in zwei Lager zu spalten: Die einen, die sich arrangieren, werden „in Ruhe" gelassen und mit „Schöner Wohnen" belohnt, um den Preis, sich von allem zu distanzieren, was ein antagonistisches Verhältnis zu diesem System ausdrückt. Dadurch sollten auf der Straße politische Inhalte isoliert werden, und auch diejenigen Menschen, die sich gerade nach diesen neuerlichen Erfahrungen mit dem Staat nicht arrangieren können und wollen. Gleichzeitig sollte solch eine Spaltung dem Staatsschutz den Zugriff auf sie nochmal erleichtern.

Greifen konnte diese Kampagne erstmal, weil es nicht gelungen war, bestehende Widersprüche zwischen den verschiedenen Menschen aufzulösen oder zumindest mit ihnen solidarisch umzugehen. Da spielt die ganze Geschichte der Kiefernstraße eine wichtige Rolle, z.B. daß die Straße nie „erkämpft" wurde, es also auch keine gemeinsame Kampferfahrung gab. Hier jetzt aber näher drauf einzugehen, würde den Rahmen sprengen.

In dieser Situation, eine Woche vor der Prozeßeröffnung gegen Andrea und Rico, geschah dann, was monatelang als Bedrohung über der Straße gehangen hatte: Sie holten den nächsten. Am 8.9.1988 wurde Thomas Kilpper verhaftet. Und das hat reingehauen, hat die Lähmung nur verstärkt. Sprachlosigkeit herrschte. Das einzige, was gut lief (weil es damit leider inzwischen genug Erfahrungen gab), war alles, um das sich nach so einer Verhaftung gekümmert werden muß: Anwalt, Schreibmaschine, Radio, Zeitungsabonnements

organisieren, mit seinen Angehörigen reden, usw. usw. Ansonsten ein Gefühl von Ohnmacht.

Zum absoluten Höhepunkt wurde dann der 4.10.88, als Rolf Hartung von der Kiefernstraße weg verhaftet wurde. Und ab da war alles anders. Trotz allem kam diese Verhaftung überraschend, es war das erste Mal, daß eine Verhaftung direkt auf der Kiefernstraße vorgeführt wurde, und dies mit noch unglaublicheren Konstruktionen, wenn es auch kaum noch möglich erscheint. Das war der Punkt der Entscheidung, für jedeN von den KiefernstraßenbewohnerInnen. Über die vom Staatsschutz präsentierte Dreistigkeit war einfach das Gefühl da, mit dem Rücken an der Wand zu stehen. Die einen hatten das Gefühl, jetzt muß was passieren, das können wir uns nicht gefallen lassen, wie „Schlachtvieh" auf die nächste Verhaftung zu warten. „Wir haben nichts zu verlieren außer unseren Ketten" — also vorwärts, losgehen! So wurde schnell eine Demo organisiert, noch sehr unbeholfen, aber als ein nach vorne Tappsen. Die Demoparole „SCHLUSS MIT DEN VERHAFTUNGEN! SCHLUSS MIT DEN STAATSSCHUTZLÜGEN!" drückte das direkte Verhältnis aus, nicht mehr und nicht weniger. Die Reaktion der Medien ließ nicht auf sich warten. Da hieß es am Tag der Demo, dem 13.10.88, daß es in den letzten 2—3 Jahren kaum einen Terroranschlag gegeben habe, an dem nicht Bewohner der Kiefernstraße beteiligt gewesen seien, mindestens 30 Personen seien zum „unmittelbaren RAF-Umfeld" zu rechnen. Sogar der Demo-Aufruf wurde von der CDU an alle Landtagsabgeordneten verteilt. Da bekam selbst der minimalste Schritt, eine Demo zu machen, an sich das Selbstverständlichste der Welt, eine ungeheure Dimension. Trotzdem konnte das die Entscheidung von einigen, auf die Demo zu gehen, nicht ändern, zwar angstbesetzt, aber eine Entscheidung gegen die Demo wäre eine Entscheidung gegen sich selbst gewesen. Die anderen der Kiefernstraße hatten nichtseiligeres zu tun, als einen Tag vor der Demo ihre Mietverträgebei der Stadt abzugeben und öffentlich zu verlautbaren: „Wirhaben mit der RAF nichts zu tun", was prompt an diesem 13.10. in der Presse veröffentlicht wurde.

Chronik der Ereignisse in Düsseldorf

2.8.86 Verhaftung von Eva Haule (RAF), Chris Kluth, Luiti Hornstein (beide aus der Kiefernstraße)
29.10.86 Razzia in der Kiefernstraße
1.9.87 Beginn der Hauptverhandlung gegen Eva Haule, Chris Kluth und Luiti Hornstein in Stammheim
Oktober 87 „ZeugInnen"-Vorladungen in diesem Prozeß
11.12.87 Ockelmann, „Privatgutachter", legt ein Andrea Sievering belastendes „Schriftgutachten" vor
18.12.87 Verhaftung von Andrea Sievering und Rico Prauss, Ulla Penselin und Ingrid Strobl
3.2.88 „Zufällige" Hausdurchsuchung wegen 129a in der Kiefernstr. 6 bei einer Bewohnerin während zwei Wohnungsräumungen
11.4.88.: Mit einem WELT-Artikel beginnt die massive Pressehetzkampagne gegen die Kiefernstraße
7.5.88 Gewaltsame ED-Behandlung von Rolf Hartung aus der Kiefernstraße, im Anschluß an einen Knastbesuch, den er bei Eva Haule gemacht hatte
28.6.88 Urteile im Prozeß gegen Eva, Chris, Luiti
7.9.88 Ockelmann legt sein Gutachten gegen Rolf Hartung vor
8.9.88 Verhaftung des Düsseldorfers Thomas Kilpper. 2 Hausdurchsuchungen wegen „Unterstützung" in der Kiefernstraße. Razzien im Stuttgarter Raum. Verhaftung von Uli Winterhalter.
15.9.88 Beginn der Hauptverhandlung gegen Andrea Sievering und Rico Prauss in Stammheim
4.10.88 Verhaftung von Rolf Hartung
20.12.88 Razzia im Düsseldorfer Transportkollektiv „Sägewerk" und bei dessen Geschäftsführer. 3x 129a wegen „Bekanntschaft" zu den bereits Verhafteten
30.12.88 Razzia im Düsseldorfer Buchladen BiBaBuze
18.1.89 Urteile gegen Andrea Sievering und Rico Prauss
1.2.89 Beginn des Hungerstreiks, an dem sich alle 6 Gefangenen aus Düsseldorf beteiligt haben
23.5.89 Rolf Hartung ist als „Zeuge" im Prozeß gegen Uli Winterhalter in Stammheim

Anmerkung: Diese Chronik ist aus Gründen des Platzes und der Übersichtlichkeit äußerst eingeschränkt. Zum einen fehlen noch Ereignisse, die um die Kiefernstraße ihren Platz hier hätten, zum andern fehlen aber viele wichtige Daten, die andere Zusammenhänge betreffen und eigentlich nicht herauszutrennen, für eine politische Gesamtbetrachtung und Analyse unabdingbar sind. Das sind z.B. die Verhaftung von Bärbel, Norbert, Thomas und Thomas aus Duisburg und ihr Prozeß, die Startbahnschüsse und ihre Folgen, die Verhaftung von Ali, Bernhard und Michi aus Frankfurt und deren Prozeß, die Auseinandersetzungen über Gen-/Reproduktionstechnologien und Beugehaft, die Verhaftung von Fritz aus Hamburg, Hafenstraße, ...

Daß der Aufbruch der „Kieferns" in den gleichen Zeitraum fiel wie der gesellschaftliche Aufbruch an den 129a-Verfahren, Zusammenlegung, Aussageverweigerung, ..., ist kein Zufall. Vielmehr ist das ein Ausdruck, wie breit und immer zugespitzter die Staatsschutzangriffe laufen.

Daß an den unterschiedlichen Vorstellungen der vielen „Kieferns" Spaltungsversuche greifen, wie Ende 1988, ist keine Zwangsläufigkeit, das zeigen Vergangenheit und Gegenwart. So hatte es auch immer wieder Ansätze von Solidarisierungsprozessen, wie z.B. bei der Volkszählung 1987, gegeben. Das betraf alle ganz direkt, da gab es gemeinsame Interessen. Dieses vom Staatsschutz nicht erwünschte Verhältnis wird die Entscheidung der Stadt forciert haben, von sich aus auf der Kiefernstraße keine Volkszählung durchzuführen.

Auf jeden Fall hatten die Gräben, die an der Auseinandersetzung mit Rolf's Verhaftung aufgerissen waren, dann auch konkrete Auswirkungen auf die Vertragsverhandlungen. Über die noch vor der Demo bereits abgegebene Hälfte der Mietverträge war den BewohnerInnen der Raum genommen, über bestehende Widersprüche zu den Verträgen diskutieren zu können. Vielmehr war die verbliebene Hälfte der BewohnerInnen derart in Zugzwang, daß auch sie

eine Woche später ihre Verträge abgeben mußten. Übrig blieb ein fauler Kompromiß, der inzwischen für alle kaum noch annehmbar ist. Darin hebt sich aber auch die gegenseitige Entsolidarisierung wieder auf. Durch die konkrete Bedrohung der Kiefernstraße durch in direkter Nachbarschaft angefangene Stadtteilzerstörung, die schon fast gigantische Ausmaße annimmt (wie z.B. die Planung eines „Internationalen Handelszentrums" durch den gleichen Stadtplaner, der schon die Frankfurter City verbrochen hat), wird auch die Spaltung ein Stück aufgehoben. Ebenso durch die breite gesellschaftliche Diskussion über den § 129a und über die Zusammenlegung der politischen Gefangenen bekommen Menschen, die sich von den Verhafteten distanziert hatten, wieder ein Verhältnis zu ihnen — weil es über die Breite schwerer ist, einzelne Menschen zu kriminalisieren.

Auf der anderen Seite ist der Verfolgungswillen des Staatsschutzes ungebrochen. So sollen, über die Unhaltbarkeit der Konstruktionen hinweg, nach der Sommerpause Rolf in Stammheim und Tommi in Düsseldorf vor ein Sondergericht gestellt und offensichtlich hoch verurteilt werden. Daneben gibt es eine Vielzahl schwebender und angedrohter 129a-Verfahren mit noch nicht absehbarer Dimension gegen KiefernstraßenbewohnerInnen.

Was verbindet nun, von den juristischen Vorgängen her betrachtet, all diese Verfahren? Es ist die von der Bundesanwaltschaft erfundene Konstruktion „Gesamt-RAF". Die Karlsruher obersten Ankläger dieser Republik machen es sich ganz einfach: Sie behaupten dreist, die RAF gliedere sich in Guerilla, oder, wie sie sagen, die „Kommandoebene"; eine zweite Ebene sei der Widerstand, die „illegalen Militanten"; und dann noch die „RAF-im-Knast", die — führt man sich die Isolationshaftbedingungen vor Augen — wohl abenteuerlichste, absurdeste Konstruktion. (Nebenbei: Nach einer geheimnisvoll undeutlichen Quelle der Zeitung „Die Welt", 31.5.89, baut die RAF schon an einer neuen „Ebene", „das Umfeld der RAF" operiere danach in „sichtbarer zeitlicher Nähe" mit autonomen Kreisen und Gruppen, mit denen es sich verbinden wolle. „Die Autonomen" als vierte oder fünfte „Ebene der RAF"? Zuzutrauen wär's dem Staatsschutz!)

Die oben erwähnten Urteile, auch wenn sie noch nicht rechtskräftig sind, bedeuten die juristisch „höchstrichterliche" Festschreibung dieses Konstrukts — wie die Zeitschrift „Innere Sicherheit" in einem Artikel vom 30.5.89 triumphiert. Mit diesem „Ebenen-Konstrukt" wurden die Leute aus Düsseldorf, aus der Kiefernstraße, ganz einfach zu RAF-Mitgliedern erklärt. Das „Terroristennest" war geschaffen.

Es gibt nichts Richtiges im Falschen. Aber das Falsche soll oft auch nur das Richtige unsichtbar machen. Natürlich gibt es Gemeinsames, Gleiches, Verbindendes unter all den Menschen aus Düsseldorf, die sich den Angriffen des Staatsschutzes, der BAW und der Sondergerichte ausgesetzt sehen: Das ist ihr gemeinsamer Wille, diese Gesellschaftsordnung zu verändern, Widerstand zu leisten, für ein besseres, freies, für ein selbstbestimmtes Leben einzutreten und der Vereinzelung und Fremdbestimmung bewußt Solidarität und Kollektivität entgegenzusetzen.

Diese Menschen, diesen Widerstand, diese Gesinnung zu treffen — das ist das Ziel dieser Offensive des Staates, der ihnen mit massiven Demonstrationen der „Stärke", mit Pressehetze, mit Polizeieinsätzen, mit Schauprozessen und Einbunkerung hinter Betonmauern begegnet. Ob diese Offensive gelingt, liegt an allen, die es ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen über Wege, Taktiken und Kampfformen ernst meinen mit der Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus, von Ausbeutung und Patriarchat.

***Unsere Kontaktadresse:** Infoladen, Kiefernstr. 15, Mi, Fr, So 15.oo — 18.oo. Da gibt es jede Menge Material zu dem ganzen Zusammenhang und Menschen, denen ihr Fragen stellen könnt.

Aktuelle Anmerkungen

1. Rolf Hartung wurde am 29.6.89 nach 9 Monaten Isolationshaft überraschend freigelassen! Sein Haftbefehl, der nur auf skandalösen Schriftgutachten des Herrn Ockelmann beruhte, wurde ausgesetzt und ein anderes Gutachten in Auftrag gegeben (was beim Haftprüfungstermin im Januar 89 trotz Antrags der Verteidigung nicht geschehen war!). Rolf muß sich wöchentlich bei der Polizei melden und es ist immer noch die Rede von „dringendem Tatverdacht". Jetzt ist es offen, ob doch noch der Prozeß gegen ihn geführt wird.

2. Die im Artikel erwähnte BGH-Entscheidung über den Revisionsantrag der BAW gegen Luitgard Hornstein ist verschoben worden auf September/Oktober 89. Luiti ist jetzt seit über 3 Jahren U-Gefangene. Wenn ihr nicht noch ein neuer Prozeß angehängt wird, kommt sie im nächsten Sommer raus!

Zur Vertiefung empfehlen wir folgende Lektüre:

„Die neuen High-Tech-KZs: Weiterstadt und Plötzensee"
Broschüre der Bunten Hilfe Darmstadt
Gegen Einzahlung auf das Literaturkonto der Bunten Hilfe DA, Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50, Konto Nr. 111 036 349
Einzelexemplar DM 8.00

Dokumentation über *„Die sechs Gefangenen aus Düsseldorf: Chris, Luiti, Andrea, Rico, Thomas und Rolf"* (Rote Broschüre)
Gegen 10DM-Schein über Infoladen, Kiefernstraße 15, 4000 Düsseldorf

Paragraph 129a, Verteidigerinnen und Verteidiger berichten über aktuelle Verfahren
Schriftenreihe der Strafverteidigervereinigungen
Organisationsbüro der Strafverteidigervereinigungen
c/o Lütkes, Hess, Lunnebach, Brökker, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Siemenstraße 15, 5000 Köln 30, Preis der Broschüre DM 7.00

Zusammenstellung zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus RAF und aus dem Widerstand
April 1987, Preis DM 6.00 plus Versand

Zur Haftsituation der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand gegen die Propaganda von Normalvollzug, Privilegierungen und Selbstisolation der Gefangenen
April 1989, Preis DM 7.00 plus Versand

Diese beiden Broschüren wurden herausgegeben von den Anwältinnen und Anwälten von Gefangenen aus RAF und aus dem Widerstand
Bestellungen über
Rechtsanwältin Trobitzsch, Grotestraße 1a, Postfach 91 11 04, 3000 Hannover 91

Rechtshilfekonto Düsseldorf
Wüstenrotbank Bank AG,
BLZ 604 200 00
Konto Nr. 960 007 4706


Foto: Volova

Mordfall Palme:
DAS KOMPLOTT

Von Ernst Fürntratt-Kloep

Am 28. Februar 1986 wurde das Symbol des schwedischen Sozialstaates, Olof Palme, ermordet. Zweieinhalb Jahre später der Querkopf Christer Pettersson als sein Mörder erstinstanzlich verurteilt. Niemand in Schweden glaubt an seine Täterschaft, doch niemand getraut sich, die wahren Hintermänner des Mordes zu nennen.

Auf den folgenden acht Seiten veröffentlicht die MONATSZEITUNG einen kriminaltechnisch akribisch geführten Beweis zum Mordfall Palme: Es war ein Komplott, an dem sich Angehörige der schwedischen Sicherheitspolizei beteiligt hatten.

Eine schamlose Farce. Ein Schauprozeß. Nach einer vorsintflutlichen Strafprozeßordnung, nach heillos verkommenen Rechtsprinzipien. Ein nach parteipolitischem Proporz besetztes Schöffengericht. Eine fabrizierte Anklage auf der Grundlage von Ermittlungen, deren Ergebnisse zu 99% geheimgestempelt sind. Ein 'Konfrontationsvideo', auf dem jedes Kind erkennen kann, wer von den zwölf Figuranten kein Bulle ist. Die von der Staatsanwaltschaft(!) bestellte Verteidigung: lahm, unkundig, rechtlos. Mindestens fünfzig potentielle Entlastungszeugen nicht gerufen oder nicht zugelassen. Hunderte brennende Fragen nicht gestellt. Die Motivfrage kaum gestreift. Präparierte Belastungszeugen, von denen drei der wichtigsten umfallen (zwei erklären unter Eid - niemand kümmert's -, daß die Ermittler versucht haben, sie zu kaufen). Und die Aussagen weiterer zwei sind unhaltbar, widersprechen unangezweifelten anderen. Als Kronzeugin eine Nebenklägerin, der nie dagewesene Extrawürste gebraten werden, damit sie unter optimalen Bedingungen ihre überspannte Show abziehen kann ...

Das Ergebnis: **Christer Pettersson**, ein gewalttätiger Querkopf, des Mordes an Olof Palme für schuldig befunden. Lebenslänglich. Ohne Beweis. Allein auf Grund der (uneidlichen) Aussage der Adelsdame 'Reichswitwe' **Lisbeth Palme** und trotz eines einwandfreien - freilich plebejischen - Alibis.

Auch wenn noch eine Berufungsverhandlung aussteht, in der Pettersson Chancen hat, freigesprochen zu werden (wegen „unzureichender Beweise" ...), ist damit für eine ansehnliche Minderheit der schwedischen Bevölkerung und für die Mehrheit der Medien der Mord an dem einzigen Politiker von internationalem Format, den Schweden je hervorgebracht hat, dem Vietnam-, Kuba-, Nicaragua-, Angola- und PLO-Freund, dem Verräter am Kalten Krieg und letzten (nach Amibegriffen) kommunistischen Regierungschef der westlichen Welt, aufgeklärt, und 'die Partei' kann hoffen, das Gerede von „Scheinermittlungen" und „Beweisfälschungen", „CIA-Komplott" und „Polizeispur" endlich erstickt zu haben.

Für die unansehnliche Minderheit derer, die sich dem feigfauldummen, opportunistischen und teilweise sicher im Rahmen der „psychologischen Verteidigung des Vaterlandes" abgesprochenen Schweigen der etablierten Medien zum Trotz mit den Unmengen unterdrückter Information, abgewiegelter Indizien und ungeklärter Fragen vertraut gemacht hat, hat sich nicht viel geändert.

Die Verdunkler (Polizei, Staatsanwaltschaft, Regierung/Sozialdemokratie, Medienestablishment) haben bloß wieder Zeit gewonnen - wie schon früher mit der Inszenierung jener würdelosen Trauerorgie im März 1986 und mit ihren Jagden auf das „Phantom", den „33-Jährigen", den „Schatten" und die Kurden und zuletzt der grotesken „Ebbe Carlsson-Affäre", haben das Publikum abgelenkt und ermüdet und nicht zuletzt auch der kleinen Schar der 'Alternativermittler' - Außenseiterjournalisten, Zeugen, Privatpersonen - unersetzliche Zeit gestohlen.

Das Attentat ... Ein stiller Putsch?

Umso nötiger ist es, wo immer möglich - und zur Zeit geht das nur im Ausland - hörbar auszusprechen und zumindest für die Nachwelt festzuhalten:

1. Der Mord an Olof Palme war das Ergebnis eines Komplotts und nicht die Tat eines Einzelnen.

2. An diesem Komplott beteiligt waren so gut wie sicher rechtsextremistische Angehörige der Stockholmer Polizei und Sicherheitspolizei (Säpo). Wahrscheinlich auch Militärs. Daß im Hintergrund eine ausländische Organisation - die stärksten Verdachtsmomente deuten auf die „World Anti Communist League" (WACL) - stand und das Attentat im Grunde ein Putsch - die Beseitigung eines roten Pickels auf der frischglänzenden Haut des Imperialismus - war, ist nicht auszuschließen, ja wahrscheinlich, aber schwerlich je zu beweisen.

3. Die Aufklärung des Mordes ist auf Weisung der sozialdemokratischen Partei und Regierung von Ermittlungsbehörden und Medienestablishment systematisch sabotiert worden. Bisher mit Erfolg.

Ad 1. Für ein **Komplott** sprechen vor allem:

- Indizien, die darauf hindeuten, daß in Rechtsextremistenkreisen Pläne eines bevorstehenden Attentats auf Palme weithin bekannt waren, einige aber - aus Begeisterung und/oder Angst - nicht dichthalten konnten.

- Eine lange Reihe von Zeugenbeobachtungen, die darauf hindeuten, daß das Mordopfer Palme auf seinem letzten Weg eingekreist war und observiert wurde.

- Zwei bekanntgewordene Vollzugsmeldungen.

Im einzelnen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

■ **Anders Larsson**, ein Palmehasser mit Beziehungen zu u.a. WACL (World Anti Communist League) und UNITA (von Südafrika unterstützte Gruppe, die gegen die angolanische Regierung kämpft), läßt in den Wochen vor dem Attentat dreimal Äußerungen über Palmes bevorstehenden Tod entschlüpfen und schickt der Regierung acht Tage vorher einen alten Zeitungsausschnitt zu, mit der Rubrik: „Dr. Olof Palme tot", das „Dr." durchgestrichen - und das eine Woche, nachdem er, einer anonymen Anzeige zufolge, an einem Treffen prominenter Rechtsextremisten teilgenommen hatte, auf dem Palmes Tod noch vor der bevorstehenden Moskaureise beschlossen worden war.

Der Polizei gegenüber bezeichnete Larsson später seine Aktion als einen 'blöden Witz'.

■ Österlen, nahe Sjöbo, der Hochburg der südschwedischen Rechten. Dienstag, 25. 2. 1986, 21.30. Palme hat noch knapp 74 Stunden zu leben. Das Ehepaar **Mattsson** erhält seltenen Besuch: Bauer **Mårtensson**, ungewöhnlich aufgekratzt, aber nicht betrunken, setzt sich an den Küchentisch und fängt an, große Töne zu spucken: Noch vor Samstag werde der Lump Palme tot sein. Zwei Kugeln, stark genug für eine kugelsichere Weste ...

Erik Mattsson nimmt Mårtensson nicht richtig ernst, aber doch ernst genug, um - noch vor dem Mordtag - einem Bekannten, der das später auch bezeugt, den Vorfall zu erzählen. Nach Palmes Tod erzählt er ihn einem weiteren Bekannten, der die Polizei informiert.

Säpo ermittelt halbherzig gegen Mårtensson. Dieser leugnet. Die Sache verläuft im Sand.

■ Auch **Lars Lundberg**, Redakteur einer kleinen rechten „Kulturzeitschrift", spuckt große Töne, am Tag vor Palmes Tod seinem Freund **Janne** in Göteborg gegenüber: Er wisse von einer Bombe, die bald platzen und die Welt erschüttern werde. Er selbst habe Order, sich morgen von Stockholm fernzuhalten ...

Zwei Stunden nach dem Attentat macht er sich, 300km von Stockholm entfernt, unmotiviert der Polizei bemerkbar, wie um sich ein Alibi zu sichern, und am Tag danach ruft er Janne an und schärft ihm ein, sich ja zu erinnern, daß sie am 28. zusammen in Göteborg waren.

Janne erstattet dennoch mehrmals Anzeige, wird aber nie verhört.

Die Nummer von Lundbergs Zeitschrift, die am Mordtag erscheint, enthält eine Satire, in der Palme von einem Putschkomplizen gewarnt wird: „Hüte dich, mein kleiner Olle, daß du nicht erschossen wirst."

■ Der rechtsextreme Kulturverein **Sueciae Avantus Gardia** sendet am Nachmittag des 28.2. in einem Privatradioprogramm einen Sketch, in dem es um die Ermordung eines schwedischen Staatsmannes geht, eines Schauspielers und Lügners, der aber „nicht Gustav III" heißt. Die Hörer sollen raten, wer denn gemeint sein könnte.

Die Mordnacht

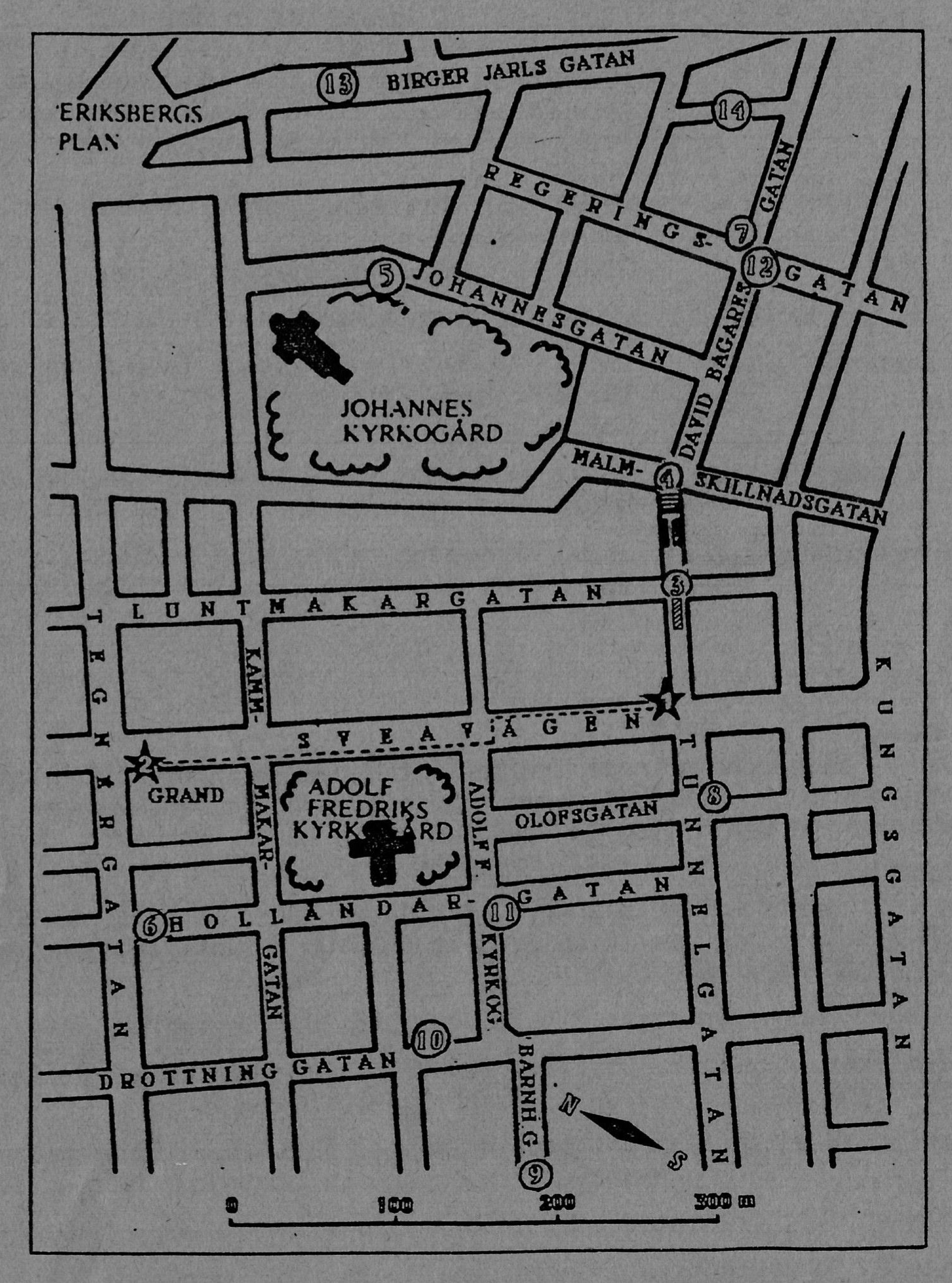
An dieser Stelle - rasch eingeschoben - einige der wenigen unbestrittenen Fakten:

■ Am 28. 2. 1986 um 23.21.20 +/-10 Sek. sinkt Palme von einer perfekt plazierten, aus kurzer Entfernung abgefeuerten, unmittelbar tödlichen Kugel getroffen an der Ecke Sveavägen/Tunnelgatan ('1' auf der Karte), 150m nördlich der vornehmen Kungsgatan und gut 300m vom Kino Grand ('2'), das er zusammen mit **Lisbeth** besucht hat, zusammen. „Eine Hinrichtung", sagt ein Augenzeuge.

■ Der Mörder umrundet sein Opfer und entflieht dann ohne große Eile in die dunkle Tunnelgatan, die nach ca. 90m an eine Treppe führt.

■ Der Taxifahrer **Anders Delsborn** aus dem Vorort Järfälla hat das Geschehen beobachtet und alarmiert sofort seine Telefonistin **Ann-Louise Paulsson**, die, nachdem sie seine aufgeregte Botschaft begriffen und die Nummer der Stockholmer Polizei gefunden hat, diese verständigt. Das geschieht um ca. 23.23.10.

■ **Lars Jeppsson**, 25, spaziert Luntmakargatan südwärts und will gerade in Tunnelgatan nach Sveavägen südwärts einbiegen, als er die Schüsse hört und ca. 60m vor sich einen Mann zusammenbrechen sieht. Erschrocken nimmt er Deckung hinter einer Baubaracke ('3'), die im Weg steht. Nach ca. 20 Sek. hört er Schritte und sieht einen Mann, zweifellos den Mörder, vorbei-, auf die Treppe zu und die 89 Stufen hocheilen. Oben wendet er sich kurz um und verschwindet. Da - knapp 1 Min. nach den Schüssen -



Termine

Donnerstag 26.10.	**18.00 - 21.00 Uhr** Sigi-Möwe-Institut, Raum 3607, Takustr.3 1/33 "Gesellschaftliche Konsequenzen der Gen-Technologie" (Projekt-Tutorium)
Freitag 27.10.	**11.30** Moabit, Raum 863, VerstOß von zwei Frauen gegen das Fernmeldegesetz, während des IWF; ihnen wird vorgeworfen einen Störsender betrieben zu haben. **19.00** Häuserkampf-VV im Heilehaus; Waldemarstr.36 in 1/36 **23.00** El Loco: Peter Weiss - "Nacht mit Gästen" (Theater) **21.00** El Loco: "Der gekaufte Sommer" Film über Nahrungsmittel-importe aus dem Trikont
Samstag 28.10.	**16.00** Veranstaltung im Internationalistischen Zentrum, Mahlowerstr.9 "Die Wohnungsfrage im dekadenten Kapitalismus" **17.00** "Die sanfte Gewalt" Video über Konsumverhalten im El Loco **19.00** El Loco "Der Gekaufte Sommer" s.o. **21.00** Vortrag und Diskussion über Nahrungsmittelkonzerne in der BRD auch im El Loco **23.00** Peter Weiss, s.o. **außerdem: Häuserkampfdemo in Bern - Hauptstadt der Schweiz**
Sonntag 29.10	**13.00 - 17.00 Frauentag in der M.99** **16.00** Frauenkiezcafe im Falkeladen in der Falkensteinstr.46 **19.00** LAZ, Crellestr.22 - Diskussion zum Thema Kaffee und neue Perspektiven für die Berliner Kaffeegenossenschaft **17.00** El Loco "Dschungelburger - Hackfleischordnung international" (Video) **19.00** "Die Verfolgung und Ermordung des Jean-Paul Marat" Theatervideo **21.00** Yol - Der Weg Film im El Loco
Montag 30.10	**19.00** Autonome Alkoholiker-Selbsthilfe im Heilehaus, Waldemarstr.36
Dienstag 31.10	**17.00 -21.00** Offenes Plenum im Internationalistischen Zentrum, s.o. **19.00** El Loco "The Cause of Ireland" Orginal-Video mit deuschen Übersetzertext
Mittwoch 1.11.	**18.00** Rechtsberatung im Drugstore, Potsdamerstr. 180 **20.05** Sendung im Radio 100 "Wer Shell tankt, tankt Apardtheit"
Donnerstag 2.11.	**21.00** Schwemme im Falkeladen Filmreihe "Die Frau als Ware" "Jede Frau hat ihren Preis" und "Die Perle der Karibik"

Mietkampf

jeden 2. Mittwoch im Monat Treffen für Menschen in Neukölln, die von Luxusmodernisierung, Abriß etc. betroffen sind und/oder sich gemeinsam gegen Spekulanten und Mietausbeutung wehren wollen im Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53

Infoläden

Anarchistischer Laden in Moabit, Rathenower Str. 22 1/21: mo 20.00 Frauengruppe, di 15.00 Rastlos-Cafe, mi 18.00 Projekt B 20.00 Veranstaltungen, do 15.00 Stadtteilcafe so 19.00 Männergruppe

Infoladen Omega, Sparrstr.21 1/65 4537023, Öffnungszeiten mo-fr 16.00-20.00

Papiertiger, Cuvrystr. 25 1/36 6183051, Öffnungszeiten mo-do 14.30-18.00, fr 14.30-18.00 Frauentag, do 17.00-20.00 Antifa-Archivgruppe

Info- und Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53 1/44, Öffnungszeiten mo 13.00-18.00, mi + fr 15.00-20.00, samstags Frauentag mit Frauenkiezcafe ab 16.00

Buchladen 021, Oranienstr. 21 1/36, mo-fr 10.00-18.00, sa 10.00-18.00

Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a 1/61, mo-fr 10.00-18.30